

# klartext

**Seite 4:**

Ein Jahr nach der Flut –  
Interview mit  
Matthias Gärtner

**Seite 6:**

Abbruch, Umbruch,  
Einbruch – Petra Sitte  
zieht Bilanz

**Seite 15:**

Theatersterben in Sachsen-  
Anhalt – Stendal nur die  
Ausnahme?



*Perspektiven:  
solidarisch und gerecht!*

# Nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern aus der Zukunft

von Dr. Rosemarie Hein, Landesvorsitzende der PDS



Ich habe meinen Schreibtisch aufgeräumt. Alles, was mich die letzten Wochen beschäftigte, beiseite gelegt. Nicht, dass es nicht mehr verfügbar wäre, aber doch so, dass es beim Weiterarbeiten nicht stört. Nach vorn schauen ist angesagt. Aufbauen auf dem, was in den letzten Jahren erarbeitet wurde, aber nicht dabei stehen bleiben. Wer Errungenes nur bewahren will, bleibt stehen und wer stehen bleibt, bleibt zurück. So ist das nun mal in dieser dynamischen Welt. Aber stehen bleiben dürfen wir nicht. Linkes, sozialistisches Denken ist gefragt. Heute mehr denn je. Die Versäumnisse der letzten Jahre sind aufzuholen und dafür haben wir nicht viel Zeit. Das Scheitern der IG-Metall, die widerspruchslöse Ausweitung der Wochenarbeitszeit bei der Post und die Wahldebakel der Linken sind Seiten der selben Medaille. Wir dürfen nicht zulassen, dass die neoliberalen Lösungen ohne Alternativen bleiben. Dazu müssen wir die Veränderungen in der Gesellschaft nicht leugnen, sondern annehmen und zu ihrer selbstbewussten Gestaltung bereit und fähig werden. Die Chance ist so groß wie seit Jahren nicht. Soziale Bewegungen wie attac können wachsen, wenn sie Partnerinnen finden, wenn linkes alternatives Denken in Politik umgesetzt wird. „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen, überlieferten Umständen.“ So

heißt es bei Marx. Da hat er wohl recht. Recht hat er aber auch, wenn er ironisierend den Blick auf die französische Revolution richtet und beklagt, dass Menschen in Zeiten der Umwälzung der Verhältnisse oft ängstlich die Geister der Vergangenheit heraufbeschwören und ihr Namen, Schlachtparolen und Kostüme entlehnten, aber den Geist der neuen Sprache erst verstanden hätten, wenn sie sich frei in ihr zu bewegen vermochten. „Die soziale Revolution des neunzehnten Jahrhunderts kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft“ (Marx). Die notwendigen sozialen Veränderungen des 21. Jahrhunderts müssen auf eine zukünftige Gesellschaft gerichtet sein, ihren Erfordernissen müssen linke Konzepte und schrittweise linke Politik genügen. Der Sonderparteitag hat die Tür aufgemacht. Wir müssen bereit sein hindurchzugehen. Dafür

**„Wer Errungenes  
nur bewahren will,  
bleibt stehen und  
wer stehen bleibt,  
bleibt zurück.“**

braucht es die ganze Partei, das gemeinsame Nachdenken, braucht es das Infragestellen von bisher Gedachtem und neue Fragestellungen, die auf Antwort warten. Mir hat der Berliner Parteitag Ende Juni Mut gemacht. Er bekennt wie keiner vor ihm die Defizite, er konzentriert die Arbeit der PDS auf die Hauptfelder gesellschaftlicher Entwicklung. Er lädt zum Mittun ein. Er will die Weisheit und die Erfahrungen der ganzen Partei, in welcher Situation sie auch immer gewonnen wurden, einbeziehen. Er ist ein Angebot an linkes Denken in der Gesellschaft. Und: linkes Denken ist nötiger denn je.

So wird die PDS gebraucht: mit Alternativen zum rasanten neoliberalen Umbau dieser Gesellschaft, die wir glaubhaft anbieten können. Aber auch nur dann. Darum lasst uns keine Zeit versäumen!

## KOLUMNE

Nicht aus der Vergangenheit schöpfen,  
sondern aus der Zukunft .....Seite 2

## SEITE 3

2 in 1 – PDS im Doppelpack .....Seite 3  
Selbstbeschäftigung als  
oberstes Gebot .....Seite 3

## INTERVIEW

Interview mit Matthias Gärtner, Mitglied  
des Hochwasserausschusses  
in Sachsen-Anhalt .....Seite 4

## THEMEN

Aufbruch – Umbruch – Einbruch ...Seite 6  
Zweifaches Handicap .....Seite 7  
Die Liebe in den Zeiten der Cholera ..Seite 8  
Hochschulen sind kein Luxus .....Seite 9  
Der 17. Juni 1953 .....Seite 10  
Parteireform als Gewinn begreifen ..Seite 11  
Das 2. Investitionserleichterungs-  
gesetz und die Investitionen .....Seite 12

## BRIEFE AUS DEM LANDTAG

Mensch Ete, altet Haus .....Seite 12

## JUGEND

Jugendbildung zwischen McDonalds  
und Nationalsozialismus .....Seite 13

## REGIONALES

Die Schule –  
Spielball der Regierenden .....Seite 14  
Abbau des Sozialstaates .....Seite 14

## KULTUR

So ein Theater mit dem Theater ...Seite 15  
Theatersterben stoppen! .....Seite 15

## LANDESVORSTAND AKTUELL – WAHLEN

Dr. Achim Bittrich – Probleme erken-  
nen, neue Antworten suchen .....Seite 16  
Katja Müller – Schluss  
mit der Sonnenschirmromantik ...Seite 16  
Der neue Landesvorstand  
der PDS Sachsen-Anhalt .....Seite 16

## DOKUMENTIERT

Wir in den Kommunen –  
wir in Europa .....Seite 17

## SPORT

Ultras – Wer ist das? .....Seite 19  
Tatort Stadion .....Seite 19

Impressum .....Seite 19

## Kontakt

PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt  
Redaktion klartext  
Ebendorfer Straße 3  
39108 Magdeburg

Tel.: 03 91/7 32 48 40  
Fax: 03 91/7 32 48 48  
landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de  
www.pds-sachsen-anhalt.de

## 2 in 1 – PDS im Doppelpack

von Matthias Höhn, Chefredakteur



Matthias Höhn

PDS – das wären zwei Parteien in einer, und die Frage sei, ob die PDS damit klar käme. Zu diesem Schluss kam Gregor Gysi am Ende des Sonderparteitages Ende Juni in Berlin. Bemerkenswert war nebenbei bemerkt schon, dass der Star der PDS, der längere Zeit durch Abstinenz glänzte, einen Tag nach der (Wieder-)Wahl seines langjährigen Weggefährten Lothar Bisky zum Vorsitzenden plötzlich wieder da war. Zurück zum Doppelpack: Große Erwar-

tungen gab es angesichts dessen, worum es für die PDS auf diesem Parteitag gehen sollte, und darum auch noch größere Befürchtungen. Und die PDS schien all dies auch zu erfüllen: Natürlich gab es zum vorgelegten

**„Entscheidend für die PDS wird der Programmparteitag“**

Leitantrag prompt einen Gegenantrag. Und natürlich gab es zum inhaltlichen Angebot von Zimmer und Bisky weit über hundert Änderungsanträge. Alle angenommen, vom Antrag wäre kaum noch etwas übrig geblieben. Ein Schelm, der da noch behauptete, es ginge nicht um eine Richtungsentscheidung der PDS.

Es wurde deutlich, wie weit die Differenzen quer durch die PDS gehen. Beinahe alle Änderungsanträge wurden

mit etwa 150 zu 130 Delegiertenstimmen abgelehnt. Positiver Effekt – der Leitantrag blieb in der Substanz weitgehend unverändert. Aber in der Tat, diese Pari-pari-Entscheidungen bestätigten die Theorie des Doppelpacks – Roland Claus nannte es kürzlich eine Kernspaltung der PDS. Nicht ganz dazu zu passen scheinen die getroffenen Personalentscheidungen. Mit großen Mehrheiten wurden Lothar Bisky und seine Kernmannschaft gewählt.

Entscheidend für die zukünftige Entwicklung der PDS und ihre Chancen bei den anstehenden Bewährungsproben wird letztlich wohl der Programm-Parteitag im Herbst dieses Jahres. Dort wird die PDS beweisen müssen, inwieweit sie das Doppelpack im kulturvollen Streit produktiv austreten und auflösen kann, sprich ob sie mit ihrer sozialistischen Programmatik im hier und heute ansetzt oder sich den aktuellen Problemen der Menschen verweigert. Der Berliner Sonderparteitag kann als positiver Start genutzt werden.

## Selbstbeschäftigung als oberstes Gebot

von Dr. Thomas Drzisga

„Man schlägt den Sack, und meint den Esel“, so heißt es in einem alten spanischen Sprichwort.

Es ist ein wenig wie nach Gera, ist doch gar nichts Schlimmes passiert, so die einen. Ein schlimmes politisches Signal verzeichnen die anderen.

Beschlüsse über Beschlüsse wurden auf dem Landesparteitag der PDS Sachsen-Anhalt gefasst, ziemlich Gescheitertes ist sogar dabei. Aber mein Glaube, alles werde gut, fassen wir nur die richtigen Beschlüsse, ist seit langem erschüttert... Denn es ist schon eigenartig – edle Mehrheiten für Beschlüsse, aber dann: Einige der Leute, die für eben diese Beschlüsse stehen, bekanntlich intensiv an ihrer Erarbeitung beteiligt waren, die kommen mal gerade so über die Wahlhürde, oder sie dürfen an eigenem Leibe erfahren, was „moderne linke Inquisition“ ist.

„Unehrlich“ ist dafür ein eher schwacher Begriff.

Viele der Probleme, die PDS derzeit bewegen, führen immer wieder zum selben Kern: Es geht um das Partei-

verständnis, darum, was für eine Partei wir sein wollen. Oder sein können. „Neues Denken“, das hat einmal viele begeistert, auch bei uns. Aber sind wir bereit, uns dem zu stellen?

Nein, die PDS ist nicht „eine Partei“, wie viele allerdings, das vermag ich zunehmend weniger zu sagen. Nur ein Indiz: Zu einer existenziellen Frage, wie die Parteireform es für uns ist, gibt es de facto keinen Diskussionsbedarf. Und da geht es nicht um irgendeine Geschäftsstelle – da geht es eben vor allem auch um Parteiverständnis!

Die PDS erscheint zunehmend als eine völlig introvertierte, egozentrische Partei, in der Selbstbeschäftigung oberstes Gebot geworden ist.

Nehmen wir doch nur den Alternativantrag des „Geraer Dialogs“ an den Sonderparteitag der PDS – er liest sich gut, aber bei genauerem Hinsehen passt er ebenso gut in die Welt des Jahres 1973 wie in die Welt des Jahres 2003. Oder auch nicht. Wir leisten uns einen Realitätsverlust ohnegleichen, wiewohl die brennenden Themen geradezu auf

der Straße liegen! Wir haben doch immerhin mal etwas über Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse gelernt. Sollte sich da in 30 Jahren gar nichts verändert haben? Glauben wir etwa schon selber an das Märchen von der Vollbeschäftigung, wie es sie unter völlig anderen Verhältnissen einmal gab? Neue Probleme werden sich mit alten Instrumenten nicht lösen lassen, egal wer uns dies „antikapitalistisch“ oder „kapitalismuskritisch“ einreden will. Ohne Bereitschaft zu neuen Denkansätzen wird die PDS in irgendeiner Falte der Geschichte leise verschwinden. Aber die Geschichte ist nicht zu Ende, sie geht weiter. Nur – wenn wir selbst so weiter machen, wird sie es ohne uns tun.

Da bleibt dann vielleicht nur der Junge aus dem Märchen von des Kaisers neuen Kleidern: „Aber die sind ja völlig nackt!“

Nein, eine solche Entwicklung ist nicht zwanghaft, auch wenn sie an Kontur gewinnt. Gegen sie anzukämpfen, lohnt noch immer. Tun wir es.

## „Kritik ist vor allem an die Landesebene zu

Interview mit Matthias Gärtner, stellv. Vorsitzender des zeitweiligen Ausschusses Hochwasser im Landtag



Matthias Gärtner und Petra Bläss auf dem Deich

Die Flut 2002 ist gut ein Jahr her. Was lässt sich über den Zustand in den betroffenen Gebieten heute sagen?

Wenn man durch die Gebiete fährt, ist äußerlich kaum noch etwas zu bemerken. Allerdings sind die Schäden in den einzelnen Gebäuden immer noch deutlich erkennbar. Und man darf nicht vergessen, psychologisch haben viele Menschen diese Katastrophe längst nicht verarbeitet. Wie könnte es auch anders sein? Viele haben immer noch Angst, und viele warten bis heute auf eine Entschädigung.

Während der Flut hatte man von der PDS wenig gehört. Im nachhinein war die PDS mit zahlreichen parlamentarischen Initiativen aktiv. Was haben wir erreicht?

Während der Katastrophe war unsere Prämisse: Vor Ort mit anpacken und helfen. Wir wollten keine vordergründige Parteipolitik, keine Profilierung kurz vor der Bundestagswahl. Das war ohne Zweifel richtig so!

Danach haben wir jedoch darauf gedrängt, die Flut und alles, was damit zusammenhing, politisch aufzuarbeiten und unbürokratische Hilfe für die Betroffenen zu gewährleisten. Wir haben als PDS noch im Herbst 2002 ein Hochwasserschadensausgleichsgesetz in den Landtag eingebracht. Heute wird immer deutlicher, wie sinnvoll dieses Gesetz gewesen wäre, um Rechtssicherheit zu schaffen. Leider wurde es von CDU, SPD und FDP abgelehnt. Allerdings haben wir es erreicht, mit unserem vorgelegten 7-Punkte-Programm dem eingerichteten zeitweiligen Ausschuss eine Arbeitsgrundlage zu geben – bis heute.

Darüber hinaus sind nach wie vor viele von uns in den betroffenen Gebieten aktiv. Angelika Klein, die maßgeblich von unserer Seite die finanziellen Auswirkungen insgesamt und für die Betroffenen akribisch begleitet und aufgearbeitet hat, ist vor allem in Dessau sehr engagiert. Oder auch Uwe Loos und Jürgen Dannenberg, die in der Stadt Wittenberg bzw. im Landkreis in den eingerichteten Spendausschüssen mitarbeiten. Ich könnte noch viele andere nennen...

**„Während der Katastrophe war unsere Prämisse: vor Ort mit anpacken und helfen.“**

Der zeitweilige Ausschuss hat kürzlich einen umfangreichen Zwischenbericht vorgelegt. Wie ist der Stand?

Dieser Bericht des Hochwasserausschusses nimmt noch keine Wertungen



Das Hochwasserduo der PDS Sachsen-Anhalt: Dr. Angelika Klein und Matthias Gärtner

vor. Er schildert sehr detailliert den Ablauf der Katastrophe, das Krisenmanagement, den Stand der Entschädigungen für private Haushalte, Kommunen und Betriebe. Der Ausschuss war in den letzten Monaten sehr viel unterwegs, um sich vor Ort ein Bild zu machen. Dies alles findet sich im Bericht wieder. Deutlich werden aber schon mit

Blick auf den Endbericht bestehende Konfliktlinien.

Kannst du uns etwas zur Schadensbilanz sagen?

Eine abschließende Bilanz ist noch nicht möglich. Minister Daehre sprach Ende Juni von voraussichtlich 340 Millionen Euro. Das Problem ist, dass viele Schäden erst nach Monaten sichtbar und damit bilanzierbar werden. Darum auch unsere Kritik am Verfahren: Viele vorgelegte Gutachten können nur vorläufige sein, aber die Entschädigungen basieren auf diesen Gutachten. Deswegen ist unsere Forderung: Es muss einen finanziellen Korridor geben, mit dem im Nachhinein noch Schäden beglichen werden können, die bisher noch nicht abschließend datiert werden konnten. Aber dafür scheint es keine politischen Mehrheiten zu geben.

Wie sieht der Mittelabfluss bisher aus? Kommen die Menschen an das ihnen versprochene Geld?

Für die Beseitigung von Flutschäden an Wohngebäuden und der Infrastruktur der Kommunen wurden laut Landesregierung bisher 150 Millionen Euro aus-



gezahlt. Das ist in höchstem Maße unbefriedigend. Viele Menschen warten nach wie vor. Man muss vor allem eines bedenken: Zahlreiche Familien oder Unternehmen mussten in Vorleistung gehen, ohne dafür eigentlich Mittel zur Verfügung gehabt zu haben, weil die staatlichen Mittel zu spät geflossen sind oder noch immer auf sich warten lassen.

Die Bürokratie in den Verwaltungen hat ihr Übriges getan und vieles behindert. Oft hat man den Eindruck, für die ist das Hochwasser Geschichte und es ist business as usual. Es ist anzunehmen, dass viele Leute erst gar keine Anträge gestellt haben, weil sie vor dem bürokratischen Wust zurückgeschreckt sind.

## „Unser 7-Punkte-Programm ist die Arbeitsgrundlage des Ausschusses.“

*Während der Flut geriet der Katastrophenschutz des Landes immer mehr in die Kritik. War diese berechtigt und was konnte diesbezüglich schon aufgearbeitet werden?*

Kritik ist vor allem an die Landesebene zu richten. Im Katastrophenfall sind zunächst die Landkreise verantwortlich. Allerdings gibt es die Möglichkeit, dass in extremen Situationen das Land die Kompetenz an sich ziehen kann. Das ist nicht erfolgt. Es ist aber aus meiner Sicht in solchen Situationen unbedingt erforderlich. Die Landesregierung, insbesondere das Innenministerium, hat sich auf die Rolle des Schiedsrichters zurückgezogen, aber es hätte als Krisenmanager fungieren müssen. Seegreha ist dafür trauriger Beleg.

*Wie ist den der Kenntnisstand heute über die umstrittene Deichsprengung Segreha?*

Der Ausschuss hat sich bereits damit befasst und wird dies im August im Rahmen einer Anhörung noch einmal tun. Wir werden alle damals Beteiligten hören, auch diesen ominösen Berater Heinz. Es kann nicht sein, dass in solchen Situationen irgendwer daher kommen kann, und eine solche Maßnahme auslöst. Dafür haben wir Experten in den zuständigen Landesämtern. Das Innenministerium hat bisher jede Wertung dieses Vorganges vermieden.

## „Der bisherige Mittelabfluss ist im höchsten Maße unbefriedigend.“

*Der Ausschuss wird im Dezember 2003 seinen Abschlussbericht vorlegen. Was sind deine Erwartungen an diesen Bericht?*

Drei Stichworte: Führungsfrage im Katastrophenfall, Entschädigung und Vorsorgemaßnahmen. Das werden die Knackpunkte des abschließenden Berichts sein müssen. Wie gehen wir mir der Sanierung der Deiche um, wie mit

Polderflächen, die Frage der Schöpfwerke, der Aufbau von Wasserwehren etc. – all das wird eine Rolle spielen. Oft habe ich den Eindruck, in der Abwägung der zu treffenden Maßnahmen wird ein Gegensatz zwischen Umweltschutz und Schutz der Bevölkerung aufgemacht. Das finde ich in höchstem Maße problematisch. Wenn es hier um das Weglassen von Planungsverfahren geht, bin ich z.B. strikt dagegen. Wir erleben jetzt schon, dass in der Nähe von Halle in hochwassergefährdeten Gebieten neu gebaut werden soll. Da kann ich nur sagen: Hier müssen wirtschaftliche Interessen zurückstehen! Da geht Umwelt vor. Umweltschutz und Schutz der Menschen sind keine Gegensätze, sie gehören zusammen.

*Nach der Flut ist vor der Flut?*

Wenn man verantwortungsbewusst mit der Frage umgeht, muss man sagen: Ja. Natürlich wünscht sich das niemand. Aber wir dürfen davor die Augen nicht verschließen. Darum müssen aus dem, was wir jetzt aufgearbeitet haben, die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen werden. Aufgrund der unterm Strich sachlichen Zusammenarbeit aller Parteien im Ausschuss bin ich guter Hoffnung, dass uns das gelingen wird.

*Ich danke dir herzlich.*

**Das Gespräch führte Matthias Höhn, Chefredakteur.**

### klartext im Internet



Unter

[www.pdslsa.de](http://www.pdslsa.de)

sind alle bisherigen Ausgaben von klartext komplett abrufbar.

KLARTEXT

## Abbruch – Umbruch – Einbruch Fazit zum ersten Schwarz-Gelben-Jahr

von Dr. Petra Sitte, Fraktionsvorsitzende der PDS Sachsen-Anhalt

CDU und FDP sind gewählt worden, weil ihre Versprechen Hoffnungen zeugten. „Höppner geht, die Arbeit kommt“, „Wir werden das Kind schon schaukeln“ und „Mit rot-rot-Stift lässt sich keine Bildungspolitik machen“ – waren Titel von Wahlplakaten. Die rote Laterne wurde symbolisch bemüht. Doch wie sieht es ein Jahr danach aus?

Die Arbeitslosigkeit wächst. Das war zwei Jahre zuvor nicht mehr der Fall! Da lagen wir gegen den Bundestrend – als einziges Land. Es hat sich gezeigt, dass Investoren für den Fall eines Machtwechsels weder in den Startlöchern warteten, noch ein neues Investitionsklima keimte. Die Investitionsquote wäre sogar um ein Prozent gesunken, hätte der Bund dem Land nicht die Hochwassergelder überwiesen. Und die Beseitigung der Hochwasserfolgen ist eine Ersatzleistung für Verluste und keine Erweiterung von Entwicklungspotenzialen des Landes. Die Landesregierung redet gern von einer Modellregion. Klingt schick. Gemeint ist aber die Absenkung von Rechten der Beschäftigten, die Einschränkung qualitativer Standards im Umweltbereich und die Einschränkung von Mitbestimmung.

Einzig die Ankündigung, bürokratische Hemmnisse abbauen zu wollen, ist unumstritten. Konkrete Ergebnisse lassen jedoch auf sich warten. Die gepriesenen Investitionserleichterungsgesetze halten nicht, was der Titel verspricht.

Eigene vollmundige Vorgaben der Landesregierung zur Schuldensenkung wurden nicht eingelöst und nach der jüngsten Steuerschätzung sogar gänzlich aufgegeben. Gleiches gilt für die Aussagen zum Personalabbau!

Damit hat sich die Landesregierung bereits nach einem Jahr von allen wesentlichen Wahlversprechen verabschiedet! Von Zukunftssicherung kann also keine Rede sein. Gekürzt wird in jenen Bereichen und bei jenen, deren innovative Potenziale die Zukunft inhaltlich tragen und gestalten sollen – angefangen bei Krippen und Kindertagesstätten, über Schulen, Hochschulen, Kinder- und Jugendarbeit bis hin zur Forschungs- und Technologieförderung.

Mittelfristig benötigen wir eigene qualitative Entwicklungsressourcen. Und das

muss hier entstehen, wenn es langfristig Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsplätze bringen soll. Um aus dem Teufelskreis von Ausbildung und Abwanderung junger Leute herauszukommen, muss das Land in seine geistige und innovative Basis investieren. Wir haben doch bereits erlebt, dass im Osten mit der „Politik der verlängerten Werkbank“ und des Niedriglohnes kaum neue Arbeitsplätze zu schaffen sind.

Eine der letzten Entscheidungen von PDS und SPD war, die Haushalte der Hochschulen um 50 Millionen Euro zu erhöhen. Der Osten muss Standort für Wissenschaft und Forschung bleiben und ausgebaut werden. Hier gilt es innovative Ergebnisse wirtschafts- und beschäftigungseffektiv umzusetzen.



Auf kommunaler Ebene ist die Krise nunmehr voll durchgeschlagen.

Denn auch die Kommunalfinanzen reichen nach ihrer Kürzung nicht einmal mehr zur Finanzierung täglicher Pflichtaufgaben. Das führt zur Streichung im so genannten freiwilligen Bereich. Und wieder sind Kinder- und Jugendarbeit betroffen; Kultur, Sport, Soziales, Vereine ebenso.

Auch kommunale Investitionsprogramme – so dringend nötig sie sind – haben für Beschäftigungssicherung zeitlich befristete Effekte. Allerdings werden kommunale Investitionen vielfach unmöglich, weil die Kommunen keine Genehmigung zur Kreditaufnahme erhalten, um ihren Finanzierungsanteil zu erbringen. Privatisierung „ohne Rücksicht auf Verluste“ hilft weder den Kommunen aus dieser Misere, noch den Bürgern.

Einen Kampf gegen massenhafte Abwanderung und Arbeitslosigkeit haben sich die Bürgerinnen und Bürger ganz sicher anders vorgestellt. Die Haushalts-

konsolidierung hungert Chancen aus. Sie wird als Totschlagargument gesetzt, um sich von Kernaufgaben des Staates zu verabschieden. Diese Art der Haushaltskonsolidierung kommt die Bürger teuer zu stehen. Selbst vor einem Herunterstreichen des Blindengeldes hat sich die Landesregierung nicht geschaut. Und das im europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen!

Zwischenzeitlich läuft eine Volksinitiative gegen die Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit. Ein Volksbegehren gegen das Kinderförderungsgesetz ist in unmittelbarer Vorbereitung. Was die SPD bewegen haben mag, ausgerechnet bei der Kinderbetreuung der Landesregierung beim Kürzen zu helfen, wird ihr Geheimnis bleiben. Die PDS jedenfalls unterstützt

sowohl Begehren als auch Initiative. Ernüchterung macht sich breit. Sie scheint jüngst auch die Regierungsbänke erreicht zu haben. Wie anders ist der Ministerpräsident zu verstehen, wenn er sagt, dass sich die Erfolge nicht so schnell wie erhofft eingestellt hätten. Das zeigt aber auch, dass CDU und FDP gnadenlos unvorbereitet in ihre neue Aufgabe gegangen sind. Jahrelang hat die CDU im Landtag als Oppositionspartei ausschließlich kritisiert. Eigene Vorschläge fehlten zwar schon damals, aber man hat geglaubt, dass sie diese aus taktischen Gründen zurückhalten. Nach einem Jahr ist klar, dass die „Schubladen“ der CDU/FDP-Schreibische leer waren. Es reichte nur für Ankündigungen. Für die Wahlversprechen von CDU und FDP gibt es offensichtlich keine Garantie. Die Betroffenen, also Wählerinnen und Wähler, haben für diese Leistungen keine Rückgaberechte – wo bleibt der Verbraucherschutz vor Wahlbetrug?

## Zweifaches Handicap

von Britta Ferchland

Ich werde häufig gefragt, ob sich die Situation der Frauen mit Behinderung wirklich allzu sehr von der Situation der Männer mit Behinderung unterscheidet. Festzustellen ist, dass Frauen mit Behinderung doppelt diskriminiert sind. Doppelt diskriminiert – weil behinderte Frauen mehr Benachteiligungen erleben als nichtbehinderte Frauen und mehr Benachteiligungen als behinderte Männer.

### „Behinderte Frauen haben keine Lobby.“

Behinderte Frauen haben keine Lobby. Diese Frauen stehen bislang weder im Blickpunkt der Frauen- noch der Sozialpolitik. In der Behindertenpolitik steht „der Behinderte“ im Mittelpunkt und der ist zunächst erst einmal männlich. Beispiele für „männerorientierte Behindertenpolitik“ gibt es viele. Ein Hauptproblem für Mütter mit Behinderung stellen die gesetzlichen Regelungen zur Gewährung von Nachteilsausgleichen dar, die häufig nur von erwerbstätigen Behinderten in Anspruch genommen werden können. Die Sozialgesetzgebung orientierte sich lange Zeit an einer männlichen Erwerbsbiografie und deshalb fallen da behinderte Mütter raus. Es geht hier um Zuschüsse zum Autokauf oder zur Wohnungsanpassung. Auch ist für Erwerbstätige mit einer Behinderung der Rechtsanspruch auf Arbeitsassistenz gesetzlich geregelt. Behinderte Mütter dagegen haben keinen Rechtsanspruch auf derartige Leistungen, obwohl sie genauso auf Assistenz angewiesen sind. Sie können zwar versuchen, Hilfen über das Bundessozialhilfegesetz zu beantragen, da es sich aber hier um Ermessensleistungen handelt, sinken die Chancen auf Bewilligung bei knapper werdender Kassen.

Die Einkommenssituation von behinderten Menschen liegt deutlich unterhalb der durchschnittlichen finanziellen Situation von Nichtbehinderten. Auch hier verfügen Frauen mit Behinderung über weniger Einkommen und geraten häufiger in den Armutsbereich, zumal auch

die Behinderung zusätzliche Kosten verursacht.

Menschen mit Behinderung werden oft als geschlechtsneutrale Wesen angesehen, als Wesen ohne sexuelle Identität. Man bezeichnet sie häufig als „die Behinderten“, ohne auf das Mensch-Sein, geschweige denn auf das Frau- oder Mann-Sein, hinzuweisen. Diese Bezeichnung hat die Bedürfnisse der Frauen und Männer von denen im Zusammenhang mit der Behinderung stehenden Bedürfnissen getrennt. Allzu oft wird geglaubt, dass Frauen und Männer mit Behinderung dieselben Bedürfnisse haben. Dies basiert vor allem auf der Betrachtung der Behinderung und nicht auf der Betrachtung der Person. Das zeigt sich besonders darin, dass behinderten Frauen oft von einer Schwangerschaft abgeraten wird oder sie falsch bzw. gar nicht über ihre Fähigkeiten Kinder zu gebären, informiert werden. Mutterschaft behinderter Frauen steht oft im Gegensatz zu gesellschaftlichen Vorstellungen. Die gesell-

### „Sie stehen am Ende der Hierarchie.“

schaftliche Diskussion und Bewertung von Behinderung macht behinderte Frauen und Männer zu abhängigen, unselbstständigen, nicht entscheidungs- und leistungsfähigen Mitbürgern, denen meist „ausgrenzende Lebensbedingungen verordnet“ werden.

Behinderten Frauen wird jede Sexualität abgesprochen. Behinderten Müttern wird abgesprochen, dass sie selbstständig, allein erziehend Kinder, Job und Haushalt in Einklang bringen können. Im Falle einer Schwangerschaft wird ihnen von Freunden, Verwandten und Ärzten oft zu einer Abtreibung und oder Sterilisation geraten. Die ablehnende Haltung auf Kinderwunsch und Schwangerschaft ist Ausdruck gesellschaftlicher Vorurteile gegenüber behinderten Frauen. Obwohl die Zahl der behinderten Mütter zunimmt, wird Mutterschaft hier immer noch als etwas Besonderes dargestellt. Haben Frauen alle diese Barrieren überwunden und sich für das Kind entschieden, werden sie weitgehend allein gelassen. So sind Entbindungsstationen, Kindergärten, Schulen, Kinderfreizeiteinrichtungen nicht auf behinderte Mütter eingestellt.

Allerdings werden Frauen mit Behinderung in der Betrachtung von Schönheit, Weiblichkeit, Mutterschaft oder Partnerschaft wie Nichtbehinderte bewertet. Da zeigt sich die besondere Diskriminierung zu nichtbehinderten Frauen. Behinderte Mädchen und Frauen sind unsichtbar, sie stehen am Ende der Hierarchie.

Wir gehen davon aus, dass jede zehnte Frau mit einer Behinderung lebt. In der Bundesrepublik sind das ca. vier Millionen, d.h. in Sachsen-Anhalt rund 135.000. Also, alles andere als eine zu vernachlässigende Größe. Wir haben das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderung – aber kommt Frau darin vor? Eher nicht – Zeit, es zu ändern!

**PDS**

Jetzt Mitglied der PDS werden!

Infos unter

03 91/7 32 48 40 oder

[www.pds-sachsen-anhalt.de](http://www.pds-sachsen-anhalt.de)

**Einmischen**

**Einbringen**

**EINTRETEN**

# Die Liebe in den Zeiten der Cholera oder gibt es linke Haushaltspolitik mit leeren Kassen?

von Wulf Gallert



Wulf Gallert, Parlamentarischer Geschäftsführer der PDS-Lantagsfraktion

Die Krise der öffentlichen Haushalte in Folge von Steuersenkungspolitik und damit im Zusammenhang stehender Rezession hat seit der „Eichelschen Steuerreform“ der Jahre 1999/2000 immer radikalere Formen angenommen. Mit der Mai-Steuerschätzung des Jahres 2003 ist der vorläufige Tiefpunkt dieser Entwicklung eindrucksvoll illustriert worden. Die PDS hat seit langem eindeutige Alternativen für die Europa- und Bundespolitik entwickelt und so weit es ihr möglich war, auch kommuniziert. Der Vorwurf, dass es sich dabei in erster Linie um Umverteilung und nicht um Wertschöpfungsstimulation handelt, mag dabei vielleicht berechtigt sein – allein auf die Politik der Bundesregierung und der CDU-Mehrheit im Bundestrat trifft dieser Vorwurf inzwischen erwiesenermaßen mindestens ebenso zu. Eines der zentralen Probleme der PDS hat jedoch nicht mit diesen Auseinandersetzungen zu tun, sondern besteht in der aktuellen Situation der öffentlichen Kassen in den ostdeutschen Ländern und Kommunen. Es existiert dort, wo PDS-Politiker in ihren verschiedenen Funktionen auf die Mittelverwendung Einfluss ausüben. Der sicher wichtige und richtige Hinweis, man wäre selbst nicht schuld an

der desolaten Einnahmesituation, enthebt die Bürgermeister, Gemeinderäte, Landtagsabgeordneten und Minister nicht von der Aufgabe, in dieser Situation haushaltspolitisch zu handeln. Eines der Defizite von PDS-Politik besteht aus meiner Sicht darin, dies weder ausreichend problematisiert noch diskutiert zu haben. Deutliches Alarmsignal hierfür war der Austritt des Landrates Lothar Finzelberg aus der PDS, der ausdrücklich mit diesem Zusammenhang begründet wurde, sowie des Verständnisses von Fritz Dieter Kupfernagel (wiedergewählter PDS-Bürgermeister von Sangerhausen) für diese Haltung.

## „Der Austritt des PDS-Landrates Finzelberg war ein deutliches Alarmsignal.“

Die mehrheitliche Erwartungshaltung innerhalb und außerhalb der PDS an die entsprechenden Entscheidungsträger war in den letzten Jahren dadurch geprägt, dass soziale, kulturelle und zukunftsichernde Ausgaben notfalls über eine höhere Neuverschuldung abgesichert werden sollen. Dieser Weg ist jedoch nicht unendlich gangbar. Zum einen ist er für Kommunalpolitiker aufgrund der Genehmigungsverhalte der jeweiligen Aufsichtsinstitutionen nur sehr bedingt anwendbar, zum anderen stoßen dabei auch Landeshaushalte, wie in Sachsen-Anhalt, schneller an die Grenzen als uns lieb ist. Daneben sei daran erinnert, dass auch die Staatsverschuldung eine Umverteilung zugunsten von Kapitalanlegern ist und inzwischen eine deutliche Mehrheit unter den Wählern Verschuldung mit Politikversagen gleichsetzt. Wie also weiter unter diesen Rahmenbedingungen? Niemand, der Politik wirklich ernst nimmt, kann die Lösung dieses Problems darin sehen, sich zurückzuziehen und zu warten, bis die Einnahmequellen wieder fließen.

Auch ich habe an der Stelle keine Antwort auf diese Frage, will aber trotzdem einige Überlegungen darstellen.

### 1. Protest ist wichtig

Natürlich braucht PDS die spektakuläre Aktion, den zivilen Ungehorsam, auch in der Haushaltspolitik. Dazu zählt sehr wohl auch die Weigerung der Umsetzung von Auflagen der Kommunalaufsicht oder die Ausreizung der Verschuldungsobergrenze im Landeshaushalt, mit Hinweis auf die unverschuldete Kassenlage, die nur mit Hilfe sozialer Steuergerechtigkeit wirksam saniert werden kann.

### 2. Prioritäten setzen

Leicht gesagt und schwer getan. Prioritäten setzen bedeutet unter derzeitigen Bedingungen in der Regel den Finanzrahmen für die wichtigsten Aufgaben stabil zu halten. Alles, was nicht an Stelle 1 oder 2 eingeordnet wird, muss dann mit weniger Geld auskommen. Unter diesen Bedingungen bedeutet eine Schwerpunktsetzung für öffentliche Daseinsvorsorge den mittelfristigen Rückzug aus privaten Unternehmenssubventionen. Wir haben zur Zeit ohnehin das Problem, dass Wirtschaft kaum besteuert, dafür aber subventioniert wird, ein Missverhältnis, das maßgeblich für die derzeitige Haushaltslage verantwortlich ist.

## „Der Weg in die Neuverschuldung ist nicht unendlich gangbar.“

Wer noch eine Chance für Zuschüsse für soziale oder kulturelle Projekte behalten will, muss die eigenen Personalkosten senken, was unausweichlich auch zu Konflikten mit den Gewerkschaften führt, wie Berlin gerade eindrucksvoll demonstriert. Die



massive Kritik in der PDS kennt jedoch fast immer nur einen Ausweg – den Ausstieg. Wem aber bitte ist dadurch wirklich geholfen?

### 3. Effizienz durch Veränderungen erreichen

Gerade in der desolaten Haushalts-situation ist der effiziente Einsatz der verbleibenden Mittel ein absolutes Muss. Um dies zu garantieren, müssen Veränderungen bei den existierenden Institutionen in Angriff genommen werden. In Sachsen-Anhalt war und ist die Verwaltungsreform ein Beispiel dafür, wie sich PDS für eine Reform zur Effizienzsteigerung stark gemacht hat. Hierbei gibt es jedoch die Schwierigkeit, zwischen der berechtigten Verteidigung von Standards (Soziales, Kultur, Sicherheit, Verbraucherschutz usw.) und der Zementierung überkommener

Strukturen zu unterscheiden, zumal eine solche Vermischung oftmals bewusst kommuniziert wird.

## „Mittelfristiger Rückzug aus privaten Unternehmenssubventionen“

### 4. Den Begriff Zukunft zurückerobern

Der neoliberale Mainstream in Politik und Gesellschaft transportiert die Demontage des Sozialstaates als Zukunftssicherung. PDS-Politik hat zum einen die Aufgabe, auf die zukunftszerstörende Wirkung von Kürzungen im Kinder-, Jugend, Bil-

dungs- und Umweltbereich hinzuweisen. Vor allem das Argument, man will im Interesse zukünftiger Generationen die Verschuldung durch Streichungen im Kinder- und Jugendbereich begrenzen, ist ein Widerspruch in sich. Demgegenüber muss PDS-Haushaltspolitik die Finanzierung von Entwicklungspotenzialen durch die öffentliche Hand in den Mittelpunkt stellen. Die aktuelle Diskussion um den Handlungsbedarf nach dem PISA-Abschneiden Deutschlands bietet hierzu gute Voraussetzungen.

Letztlich bleibt der Handlungsdruck immer bei den einzelnen Funktionsinhabern, die vor dem Hintergrund ihrer konkreten Situation entscheiden. Trotzdem müssen Grundlinien von PDS-Haushaltspolitik erkennbar werden. Wenn uns dies nicht gelingt, sind wir beliebig – und Beliebigkeit ist in der Politik nicht gefragt.

## Hochschulen sind kein Luxus, sondern Rückgrat von Innovation

von Dr. Petra Sitte

„Zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig.“ Dieser Satz beschreibt ganz gut die Misere um die Hochschulstrukturdebatte im Land.

Die Landesregierung betont, wie teuer Wissenschaft und Forschung doch sind. Wir dagegen argumentieren, was sie uns „einbringen“ können. Studierende und Beschäftigte an den Hochschulen protestieren engagiert, einfallsreich und eindrucksvoll für leistungsfähige Hochschulen. „Mit Geist in die Zukunft“ – kürzer können Chancen wohl nicht beschrieben werden.

Wenn das Land schon nicht unter einer Investorenschwemme „leidet“, so muss es sich etwas einfallen lassen. Dazu bedarf es einer innovativen Basis. Die kann man nicht aus dem Boden stampfen. Das muss wachsen und dazu braucht es „Lieferanten“. Diese kommen aus Bildung und Wissenschaft.

Die Landesregierung will 30 Millionen Euro kürzen und hat zudem den Hochschulen zusätzliche Aufgaben plus Ausgaben aufgebürdet. Die Debatten an den Hochschulen zeigen, dass mit der Erschließung von Effizienzreserven keine 30 Millionen zu erbringen sind. Die Hochschullandschaft wird sich verändern, aber nicht verbessern.



Der Diskussionsprozess gibt auch Gelegenheit, umzudenken und umzusteuern. Der Kürzungsbeschluss ist ein Fehler! Prioritäten sind anders zu setzen. Wenn es schon wenig Geld gibt, dann muss es wenigstens dort eingesetzt werden, wo es Chancen auf Rückfluss gibt. Kluge Köpfe, Produkt- und Verfahrensideen, innovative Dienstleistungen erwachsen aus Wissenschaft und Forschung.

Was den kleinen und mittelständischen Unternehmen fehlt, ist die Kapitalkraft, diese Ergebnisse selbst zu entwickeln. Daher sind Hochschulen, Studierende, Absolventen und Lehrende ganz wichtige Träger, diese Lücke zu schließen. Ergänzt durch eine effektive Förderpolitik, wachsen Chancen hiesiger Unternehmen, sich zu behaupten. Schrittweise verbessern sich Arbeits- und Lebenschancen für nachfolgende Generationen.

Abgesehen von der ganz grundsätzlichen Feststellung, dass sich durch die Politik der Landesregierung auch nachhaltig Bildungschancen verschlechtern, sind Schließungsdebatten kein Zukunftssignal.

Einrichtungen werden gegeneinander ausgespielt. Nichttechnische Richtungen werden als Ballast diskreditiert. Standorte werden infrage gestellt, bisherige Investitionen und Profilierungen der Hochschulen ignoriert. Völlig unausgegrenzte Schließungs- und Verlagerungspläne führen zu Verunsicherungen, die eines ganz sicher bedeuten – dass derzeit deutlich weniger Wissenschaft stattfindet.

Das schadet dem Ruf der Hochschulen und das schreckt ab, zu bleiben oder nach Sachsen-Anhalt zu kommen – gleich ob zum Studieren oder Investieren!

## Der 17. Juni 1953

von Dr. Angelika Klein

Kaum ein Ereignis der jüngsten Geschichte war und ist so heftig umstritten wie der 17. Juni 1953. Die einen begingen den „Arbeiter-“ oder „Volksaufstand“ als „Tag der deutschen Einheit“. Die anderen werteten ihn zunächst als faschistischen, später dann als konterrevolutionären Putschversuch, der von außen gesteuert und durch innere Fehler verstärkt wurde. Beides war nicht durch historische Quellen untermauert. Heute liegt eine Vielzahl von Publikationen vor, die die Ereignisse um den 17. Juni auf der Basis sorgfältiger Archivrecherchen, Befragungen und Interviews von Zeitzeugen darstellen und ihnen so den Mythos des Geheimnisvollen nehmen könnten.

Aber der Charakter des 17. Juni ist nach wie vor umstritten. Dabei geht der Streit nicht in erster Linie um die Frage „Was war der 17. Juni: Arbeiterrevolte, Arbeiteraufstand oder Volksaufstand“. Aus meiner Sicht geht der Streit um etwas Grundsätzliches. Es geht um die Frage der Legitimation der DDR. Und die Frage ist, war der 17. Juni 1953 Vorläufer der „friedlichen Revolution von 1989“, war er Aufstand gegen das „totalitäre System“ der DDR und damit ein Beleg, dass das Gesellschaftsprojekt Sozialismus unsinnig und auf Dauer unmöglich war und ist. Oder wird er als Beleg dafür gesehen, dass ein solches Projekt möglich gewesen wäre, aber aus den verschiedensten Gründen gescheitert ist.

Wenn man davon ausgeht, dass Arbeiter die Hauptakteure der Revolte waren, und ihr Handeln und ihre Forderungen in diesen Tagen analysiert, dann wird sichtbar, dass sie sich selbst und den Staat, der sich Arbeiter- und Bauernstaat nannte, ernst nahmen. Sie forderten ein, was ihnen zustand und was sie sich von einem solchen Staat erhofften. Die Krise im Frühsommer 1953, deren Höhepunkt die Arbeiterrevolte am 17. Juni 1953 war, hatte viele Ursachen. Eine Ursache, und das ist heute unumstritten, war die Politik der SED nach der 2. Parteikonferenz. Diese hatte im Juli 1952 den planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus beschlossen. Der damit verbundene politische Kurs wurde auf sowjetischen Druck ab Herbst 1952 forciert. Damit kam es zu einer dramatischen Verschlechterung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse. Einen

Kurswechsel gab es auf Anweisung der UdSSR-Führung erst Ende Mai, der sich in den Beschlüssen des Politbüros der SED und des Ministerrates vom 9. und 10. Juni 1953 niederschlug. Aber die Politik des „neuen Kurses“ brachte in einem Punkt keine Änderung – die administrative Erhöhung der Normen wurde nicht zurückgenommen. So kam es, besonders bei den ersten Lohnzahlungen nach der Normenerhöhung zu Arbeitsniederlegungen und Protestaktionen. Doch erst der Marsch der Berliner Bauarbeiter am 16. Juni wurde durch die Berichterstattung des RIAS zum Signal für Demonstrationen und Streiks am 17. Juni 1953 in vielen Städten und Betrieben. Das Vertrauen bzw. der Vertrauensverlust war geschwunden. Der Mehrheit der Arbeiter, die die Hauptkraft der Revolte waren, ging es um den Sturz der Regierung. Die auf die Wiedervereinigung zielenden Forderungen entspra-

chen der offiziellen DDR-Politik. Allerdings waren sie meist verbunden mit der Forderung nach Zulassung aller Parteien, konkret der SPD. In den Tagen um den 17. Juni ging es der übergroßen Mehrheit der Arbeiter nicht um die Übernahme kapitalistischer Verhältnisse. Forderungen nach Aufhebung der Planwirtschaft, nach Reprivatisierung des Volkseigentums oder der Einführung der freien Marktwirtschaft tauchten nicht auf. Man konnte auch von einem politischen

Massenstreik sprechen. Die in der volkseigenen Industrie Beschäftigten haben mit den Mitteln des Arbeitskampfes die ihnen versprochenen Verbesserungen ihrer sozialen und ökonomischen Lebenssituation eingefordert, ohne das Volkseigentum infrage zu stellen. In bestreikten Betrieben wurden Energie- und Wasserversorgung, aber auch die Produktionsanlagen gesichert und meist weiter betrieben. Mehrheitlich distanzieren sich die Beschäftigten von Gewalt und mutwilligen Zerstörungen bei den Demonstrationen. Der größte Teil der Arbeiter hatte nicht gestreikt. Doch die Forderungen wurden von den meisten unterstützt. In manchen Forderungen spiegelte sich neben egalitären und libertären Ideen auch die Erwartung wieder, dass der Sozialismus weniger und leichtere Arbeit brächte und zu einem hohen Lebensstandard führen würde.



chen der offiziellen DDR-Politik. Allerdings waren sie meist verbunden mit der Forderung nach Zulassung aller Parteien, konkret der SPD. In den Tagen um den 17. Juni ging es der übergroßen Mehrheit der Arbeiter nicht um die Übernahme kapitalistischer Verhältnisse. Forderungen nach Aufhebung der Planwirtschaft, nach Reprivatisierung des Volkseigentums oder der Einführung der freien Marktwirtschaft tauchten nicht auf. Man könnte auch von einem politischen

Mit der Durchsetzung der Legende vom faschistischen Putsch wurden begonnene Diskussionen über die Normen, über Mitbestimmung am Arbeitsplatz, über die Funktion der Gewerkschaften und die Rolle der SED abgebrochen. Fragen zu Demokratie und Diktatur und zur Rolle der sowjetischen Besatzungsmacht konnten nicht mehr angesprochen werden. Die im „neuen Kurs“ konzipierten demokratischen Ansätze erwiesen sich letztlich als ein Zwischenspiel.

## Parteireform als Gewinn begreifen

von Dr. Achim Bittrich



Engagiert in jeder Lebenslage...

Angesichts der relativen Erfolge in den ersten acht bis zehn Jahren der PDS haben wir es versäumt, die Zukunftsfähigkeit unserer Partei als politisch-strategische Aufgabe ernsthaft in Angriff zu nehmen. Ein wichtiges Indiz dafür, aber bei weitem nicht das einzige, war die Verschleppung der Programmdiskussion. Wir haben uns zu oft auf eine Position der Verteidigung der von uns selbst als unzureichend empfundenen sozialen und demokratischen Standards zurückgezogen. Diese Beschränkung ist Verlust an Innovation und Zukunftsfähigkeit und es gilt diese Beschränkung aufzubrechen, denn sie hat uns in die politische Defensive gebracht. Die Erkenntnis ist sicher subjektiv sehr bitter, aber notwendig. Das hat relativ wenig mit dem ehrenamtlichen Engagement vieler Genossinnen und Genossen zu tun.

Wir müssen begreifen, dass es nicht die Krise eines Einzelnen, nicht die Krise von Gremien, nicht die Krise von Funktoren ist, sondern es ist eine Krise unserer Partei. Unsere Aufgabe ist es, Wege zu finden, um aus dieser Krise heraus zu kommen.

Wir haben uns in Land und Bund dafür entschieden, diesen Prozess unter die Überschrift „Parteireform“ hin zu einer modernen linken Partei zu stellen. Nun weckt der Begriff „Reform“ an sich soft auch Befürchtungen und Ängste, also wenn nicht sogar vielleicht auch eine innere Ablehnung, weil er natürlich auch

in unserer eigenartigen politischen Streitkultur teilweise diskreditiert ist. Wir müssen vermitteln, dass dieser Prozess, um den es geht, ein Erneuerungsprozess der Partei von sich aus, aus dem tiefsten Inneren der Partei heraus kommen muss. Es geht nicht darum, dass irgendjemand, irgendein Gremium, irgendein Vorstand, irgendein Parteitag oder irgendeine Arbeitsgemeinschaft einer Partei was überhilft, sondern wir müssen diesen Prozess der ständigen Erneuerung dieser Partei selbst in Gang bringen.

Der Kern der notwendigen politischen Innovation ist wohl mit dem Begriff „Öffnung“ verbunden. Öffnung heißt dabei nicht Selbstveränderung bis hin zur Unkenntlichkeit, sondern Rückkehr in gesellschaftliche Debatten. Wer Konzepte für eine sozial gerechtere Gesellschaft erarbeiten will, muss sich den Funktionsmechanismen dieser Gesellschaft stellen. Die Weichen für eine soziale und ökologische Entwicklung

**„Für einige ist ideologische Einheitlichkeit wichtiger als gemeinsames Handeln“**

werden in der Wirtschaftspolitik, der Wissenschafts- und Technologiepolitik und der Bildungspolitik gestellt, also in den Politikfeldern, in denen wir mit Verlaub gesagt bundesweit wenig Innovation zu bieten haben. Das heißt nicht, dass es Ideen gibt. Das heißt nicht, dass es Ansätze gibt. Aber wir kommen auch in unserer inneren Debatte nicht zu einem Punkt, wo wir sagen können, das ist ein Vorschlag, den diese Partei tatsächlich in eine gesellschaftliche Debatte bringen kann. Wir kommen oft zu Einzelvorschlägen, zum Teil zerreden wir diese dann noch untereinander, aber wir kommen nicht zu Vorschlägen unserer Partei, mit denen sie zurückgewinnen kann.. Wir müssen wegkommen von dem Ansatz der Bewahrung oder anders gesagt dem Hereinbegebens in kommu-

nale und landesweite und sonstige politische Verantwortung mit dem alleinigen Ansatz Schlimmeres zu verhüten. Unser Anspruch muss aber die Veränderung sein. Und wer diesen Veränderungsanspruch will, der muss auch für diesen Veränderungsanspruch werben und muss für diesen Veränderungsanspruch arbeiten. Insofern ist genau dieser notwendige Innovationsprozess auch die notwendige Befassung mit diesen Themen, die in der gesellschaftlichen Debatte sind, eine Aufgabe, die wir nicht Zufälligkeiten der innerparteilichen Schwerpunktsetzung überlassen dürfen, sondern wir müssen sie als strategische Aufgabe begreifen.

Noch immer steht für einige von uns ideologische Einheitlichkeit über gemeinsamem Handeln. Noch immer ist für einige von uns das Produzieren platter Antworten wichtiger als die verständlicherweise deutlich schwierigere Erarbeitung von umsetzbaren Vorschlägen für die gesellschaftlichen Debatten. Wir überschütten Menschen oft mit Antworten zu Fragen, die sie gar nicht gestellt haben. Aber auf viele Fragen, die Menschen stellen, haben wir keine Antworten, weil es nicht unsere Fragen sind. Aber wenn wir als Partei in diesen gesellschaftlichen Prozess hinein wollen, da sind doch nicht unsere Fragen wichtig. Für wen sind wir eigentlich da? Sind wir für uns da oder sind wir für die da, deren Interessenvertreter wir vorgeben sein zu wollen? Wir sollten darüber mal gründlich nachdenken.

Es geht uns insgesamt um ein neues Parteienverständnis, um ein erfolgreiches Agieren in diesem politischen System als Voraussetzung für die Annäherung an unsere politischen Visionen zu ermöglichen. Wer mehr PDS um ihrer selbst Willen oder mehr Avantgardismus will, muss auch wissen, dass dann unsere politische Zukunft wohl mehr in der Bedeutungslosigkeit liegt. Wir müssen begreifen, dass wir die Chance mit dem umfassenden Prozess der Parteireform, also der Überwindung der gesellschaftlichen Isolation und der politischen Defensive nutzen müssen. Es ist vielleicht unsere letzte. Wir dürfen sie nicht in ideologischen Grabenkämpfen, in kleinkariertem innerparteilichen Gezänk und inhaltslosen Personaldebatten verspielen.

## Das 2. Investitionserleichterungsgesetz und die Investitionen

von Dr. Uwe-Volkmar Köck

Der Landtags-Berg kriecht lang aber heftig, und im Juli wird das 2. Investitionserleichterungsgesetz das Licht der Welt erblicken. Das hat am Ende mehr Bürokratie verursacht als abgeschafft. Den Landtag, die Landtagsverwaltung, die Ministerien und die vielen angehörten Verbände hat es eine Unmenge Zeit gekostet und einen Wust an Papieren verursacht.

Wenn der zukünftig genehmigungsfreie Bau eines Carports (das ist eine überdachte Unterstellmöglichkeit fürs Auto) zu einer Nachfrageflut bei den Baumärkten führen sollte, mag dieses getrost als Investitionserleichterung angesehen werden. Die Entbürokratisierung entpuppt sich überwiegend als Umverteilung von Bürokratie von einem Ort zu einem anderen. Deregulierung hier wird mit Regulierung an anderer Stelle erkaufte.

Nein! Investitionen werden gerade an der einzigen Stelle in der Wirtschaft im Lande verhindert und Arbeitsplätze auf Spiel gesetzt, wo eine politische Steuerung überhaupt möglich ist: Stadtwerke und kommunale Betriebe, die nach Tarif entlohnen, Aufträge lokal vergeben,

überdurchschnittlich Lehrlinge ausbilden – kurz, durch ihr Vorbild wirken – werden in ein Korsett „hineindereguliert“ und mit kostentreibenden bürokratischen Nachweispflichten bezüglich der Wirtschaftlichkeit überzogen. Es lebe der „freie“ Wettbewerb a la FDP!

Von „freiem“ Wettbewerb kann für den Normalbürger auch im Bereich der Trinkwasserversorgung sowie der Abwasser- und Abfallentsorgung nicht die Rede sein. Es gibt ihn tatsächlich, den Wettbewerb. Aber er ähnelt eher einem Wahlkampf bzw. Referendum. Da nicht jeder Anbieter seine eigene Wasserleitung zum potenziellen Kunden legen kann, tobt der Kampf nur kurzzeitig in der Ausschreibungsphase, danach muss man den Sieger erdulden. Je nach Vertragsgestaltung 10, 15 oder 20 Jahre bzw. im Falle einer Privatisierung des Anlagevermögens für immer. Der Kommunalpolitiker wird von Bürokratie und der Bürger von demokratischen Einflussmöglichkeiten entlastet. Hässlicher Streit um Gebührensatzungen, die Höhe von Umlagen und Gebühren entfällt zukünftig. Dafür ist eine noch zu schaffende

Regulierungsbehörde zuständig. Widersprüche werden zwar nicht unbedingt schneller, auf jeden Fall aber professioneller, nämlich von Verwaltungsgerichten, entschieden.

Ob bei einer Vergabe der Betriebsführung bzw. der Dienstleistung oder auch einem Verkauf der Anlagen an einen privaten Dritten – dies können wie in Stendal auch andere Stadtwerke sein – bleibt die Kommune bei Aufgaben der Daseinsvorsorge ihren Bürgerinnen und Bürgern gegenüber in der Pflicht. Qualitätskontrollen des Trinkwassers verbleiben in ihrem Verantwortungsbereich und im Notfall muss sie erneut einspringen und die Versorgung übernehmen.

Mit dem 2. Investitionserleichterungsgesetz wurden zeitgleich und parallel elf Gesetze bearbeitet. Zahlreiche Änderungen waren unstrittig und hätten durchaus noch bis zur Novelle des Einzelgesetzes Zeit gehabt. Unter zu großer Fülle leidet bekanntlich die Qualität. Und Qualitätsverlust ist bei einem Gesetzgebungsverfahren verhängnisvoll, wie die Straßenausbaubeiträge zeigen.

### Briefe aus dem Landtag

Alfred Dittberner Abgeordneter

Mensch Ete, altet Haus,

*ick habe ja ein so schlechtet Jewissen. Nu haste mir schon zweemal mit in dieset Hohe Haus jewählt, und ick melde mir einfach nich, obwohl ick Dir doch vasprochen hatte, ma so zu erzähl, wie det mit de Pollitik so funktioniert.*

*Aba heut fang' ick an, und von nu an wird det rejelmäßig weitajehn!*

*Also – eijentlich is det ja jetz nich so schlecht, denn de Vahältnisse ham sich ja – haha – ziemlich väändat! War det die erstn fier Jahre een Elend – die hattn de Mehrheit und ham denn halt so jemacht. Aba jetzt klingn de Glockn anders! Jetzt sind wir dran! Und ick sage Dir, det is ein ganz andrer Klang! Damals warn ja welche von denen so blöde, die ham glatt ooch mal mit uns jestimmt, wenn die gloobten, die Sache sei okeh. Bescheuert, det hat doch nischt mit Parlamentarismus zu tun! Mehrheit is Mehrheit, und die ham wa jetz! Lasse sich doch abstrampln, is doch bloß for de Tonne.*

*Det is manchma so zum Quieken, die bereiten sich doch echt vor und denkn, da kann man denn drüber diskutiern. Einfach blöde. In die Ausschüsse, sach ick Dir, die loofn rund! Die komm'n da echt mit so wat, wat die „Altanativn“ nennen. Und da solln wa denn arjumentiern. Allet Quatsch. Die von de Rejerung, die schreiben uns schon uff, wo de Reise hin jeht, und det is ooch jut so. Da wissen wa, wann wa die Flosse zu hebn ham, und wann nich. Und det reicht doch ooch, oda? Gottchen, woher soll ick denn imma wissen, wat da nu jrade so sein soll oda ooch nicht. Is ooch unwichtig, wir sind ja mehr.*

*Na ja, mit de Libberalen, det is nich immer ganz so einfach. Manchma scheinen die da wat richtig ernst zu nehmn. Aba wir sind ja ooch mehr als die, haha. Da is wohl klar, wo der Hamma hängt!*

*Det is denn inne Sitzung von dem Hohen Haus jenaus. Klar, da müssn wa manchma uffpassn, wejen die Demokratie und so. Aba det läuft eijentlich ooch ganz jut, wir ham da jetzt neuadings son paar junge Wilde, die warn auf de Unität, die können det! Na und wenn ma janischt mehr jeht, dann jeht Jottvater ganz persönlich in die Kanzel, wat unser Ministapresident is. Und Vata richtet die Sache. Da könn die von de Oppsition dann quäken, is völich ejal!*

*Ete, mein Alter, Du siehst, det is nich imma einfach mit de Pollitik, und ehrlich – manchma schlauchts jewaltich.*

*Also, ick freu mir uff Deine Antwort, und wenn de wat genau wissen willst, denn frage mir ganz einfach, ick erklär Dir det denn schon! Ganz besonders lustich is'et imma, wenn's um de Schule jet. Aba zu irjend sowat erzähl ick Dir denn im nächsten Brief!*

*Bis denn – Dein Kumpl Aldi*

# Jugendbildung zwischen McDonalds und Nationalsozialismus

von Anke Lohmann

Allein in meiner Arbeitsgruppe sitzen 15 Personen. Diese und zwei weitere AGs nehmen teil an einer Fortbildung des Jugendamtes zu den veränderten Förderbedingungen ab 2004. Von Pfadfindern, über die Sportjugend bis zu den Jugendverbänden der Parteien reichen die Anbieter in der Jugendarbeit und Jugendbildung. Konkurrieren müssen sie neben schulischen Anforderungen vor allem mit den seichten „Freizeitangeboten“ von RTL, der Discos, Jeansjobs und McDonalds-Filialen. Daraus folgt, was jede Kollegin und jeder Kollege in der Jugendarbeit weiß: Die jungen Leute vor Ort sind nicht automatisch die Teilnehmenden des nächsten Indianercamps.

Die Situation in der politischen Jugendbildung ist vergleichbar. Mit der zusätzlichen Schwierigkeit, dass ein Tagesseminar zur Debatte um die Entschädigung der Zwangsarbeiter im Dritten Reich eher trockener verläuft als ein Workshop zum Bau von Baumhäusern. Das die „trockenen“ Angebote so wichtig sind, lässt sich schon aus ihrer Zielsetzung heraus begründen:

- Politik als partizipativen und verantwortlichen Bereich für jede/jeden zu begreifen,
- kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte zu fördern,
- Zukunftsfähigkeit vorzubereiten und junge Menschen in die Debatten um Nachhaltigkeit, Ökologie und Globalisierung einzubinden.

Mehrere hundert Jugendliche und junge Erwachsene wurden durch das seit 1999 durch das Jugendamt geförderte Bildungsangebot der AG Junge GenossInnen angesprochen. Jährliche Fahrten zu NS-Mahn- und Gedenkstätten verwei-



sen auf einen Schwerpunkt unserer Arbeit – die kritische Auseinandersetzung mit den Voraussetzungen und Wirkungsweisen des Nationalsozialismus. Zum Lernen aus Geschichte gehört für uns dabei, sich mit der heutigen Bedeutung rechtsextremer und rechtskonservativer Gruppierungen zu beschäftigen. Als zweites Standbein ist das Engagement für emanzipatorische Jugendarbeit zu nennen, die Unterstützung von Selbstorganisation, Öffentlichkeitsarbeit und thematischer politischer

Bildung. Als AG innerhalb der PDS ist uns das Aufzeigen von Alternativen und Perspektiven wichtig, das Begreifen von Demokratie als lebendigen und von Menschen gemachten Prozess. Die Bereitschaft moralischen Anspruch mit politischer Analyse zu verbinden, ist kein Massenphänomen, aber für eine Anzahl junger Leute ein Bedürfnis. Solches Engagement ist die Grundlage für zahlreiche Kooperationen, die wir im Laufe der Jahre mit einer Reihe von Antifa-Projekten und Gruppen, linken Archiven und alternativen Jugendzentren geschlossen haben.

Brach liegendes Potenzial für die Bildungsarbeit steckt noch in der jungen PDS-Mitgliedschaft und in der Vielfalt der Strukturen von PDS-nahen Jugendgruppen und Vereinen. Nur in der persönlichen Verankerung vor Ort gelingt es, kontinuierliche Angebote zu unterbreiten, die sich auf die Interessen von Jugendlichen beziehen, und die organisatorischen Rahmenbedingungen zu optimieren. Dort, wo diese Zusammenarbeit seit Jahren erfolgreich läuft, z.B. in Hettstedt oder Halle, gelingen Angebote, die mittels der Synthese von Bildung und Kultur; von Information, Begegnung und Feiern angenommen werden. Die Kolleginnen und Kollegen, die mit mir die anfangs genannte Fortbildung besuchen, wissen, wie wichtig gerade eine solche Mischung für die Akzeptanz; für das Andocken bei jungen Leuten ist. Und sie wissen, dass es neben der guten Beratung im Jugendamt eine Fülle praxisferner ministerieller Richtlinien für unsere Arbeit gibt. Das betrifft z.B. teils absurde Stunden- und Finanzschlüssel für die Veranstaltungen oder Überreglementierungen, wie die Regelung, Teilnehmende aus drei Landkreisen in einem Seminar nachweisen zu müssen. Die Chance, die Praxiserfahrungen in die neuen Förderrichtlinien einzuarbeiten, wurde verpasst.

Die künftige Antragstellung nur nach Besuch einer Fortbildung zu meistern, lässt sich nach Meinung eines lebenserfahreneren Genossen auch so interpretieren: „Richtlinien überarbeiten – ein alter Trick um Anträge zu vermeiden.“

**Anke Lohmann ist Jugendbildungsreferentin der AG Junge GenossInnen in und bei der PDS Sachsen-Anhalt**

## Bunt und Braun?

### Ideologien und Propaganda der Neonazis von heute

In ihrem Vortrag werfen die ReferentInnen einen Blick auf die „neuen“ Parolen und Erscheinungsformen der extrem rechten Szene und analysieren den dahinterstehenden alten braunen Mief von Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus.

Die ReferentInnen der Veranstaltungen sind MitarbeiterInnen des Antifaschistischen Info-Blattes oder des Antifaschistischen Pressearchivs Berlin.

Im September/ Oktober jeweils in Halle und Magdeburg  
Infos über Bildung3000@gmx.de

## Die Schule – Spielball der Regierenden

von André Lüderitz, Ilsenburg

Landauf landab gibt es wieder einmal Probleme mit unseren Schulstandorten. Minister Olbertz musste sich dem fiskalischen Druck beugen und das große Schulsterben wird ohne auf „Pisa“ und Erfurt Rücksicht zu nehmen auf die Spitze getrieben. Der schwarz-gelben Landesregierung ist das Sparen heilig, egal was und wer dabei auf der Strecke bleibt. Aber dies ist allgemein bekannt. Für uns in Ilsenburg konnte der Gymnasialstandort im letzten Jahr durch die Einflussnahme von CDU-Landtagsabgeordneten, u.a. Herrn Schomburg, gesichert werden, natürlich mit Hilfe einer Ausnahmegenehmigung. Das war in Wahlkampfzeiten. Jetzt möchte keiner dieser Damen und Herren daran gemessen werden, es sollen allein die gesetzlichen Vorschriften und wundersamen Runderlasse, wie der 3-820 gelten. Versprechungen, auch von Herrn Olbertz, nach neuen modernen Lösungen gemeinsam mit der Region zu suchen, blieben natürlich auch im Harz nur Makulatur. Leider muss sich auch unsere Stadt eingestehen, das man nur halbherzig mögliche Ansätze verfolgt hat und bis heute kein brauchbares Konzept auf den Tisch liegt. Auch die jetzt in breiter Öffentlichkeit ausgetragenen Diskussionen und vielfältigsten Widersprüche ändern nichts daran, das viel Zeit verstrichen ist und man gegen die undemokratischen Entscheidungen des Kultusministeriums kaum Handlungsspielräume besitzt. Auch in Ilsenburg haben die SPD-Mehrheitsfraktion und der Bürgermeister dem nur Polemik entgegenzusetzen. Durch gezielte Unterstützung der Landtagsfraktion gelang es uns als Stadtratsfraktion der PDS zwar konkrete

Vorschläge zu unterbreiten, aber deren Umsetzung muss gegen die Widerstände der Verwaltungen organisiert werden. Neben dem Versuch eine Außenstelle zu bilden oder eine Gesamtschule zu gründen, ist insbesondere die dritte Variante des Schulverbundes von Sekundarschule und Gymnasium eine mögliche Modellvariante auch für andere Standorte in Sachsen-Anhalt.

Der Schulverbund stellt unserer Meinung nach deshalb eine interessante Alternative dar, weil er durchaus effizient und kostengünstig ist. In Ilsenburg wollen wir damit die Ausbildung in allen Bildungsgängen von Klasse 1 bis 10 ermöglichen und gleichzeitig vorhandene räumliche Strukturen ausnutzen. Für das Land wäre der Verbund dahingehend von Interesse, da erhebliche Fahrtkosten und die Kosten für eine komplette Schulleitung entfielen. Für Ilsenburg ist natürlich der Erhalt beider Schulzweige wichtig und den Schulkindern würden unnötige Anfahrtswege erspart bleiben. Es wäre Herrn Olbertz zu wünschen, das er zu seinem Wort steht und den Regionen es ermöglicht, nach sinnvollen Lösungen für die weitere Schulentwicklung zu suchen. In diesem Zusammenhang sollte der Antrag unserer Fraktion im Landtag nicht unerwähnt bleiben, die genannten Erlasse auszusetzen und den Kreistagen bzw. Stadträten zu ermöglichen, bis zum 31. Dezember 2003 die jetzigen Schulentwicklungspläne fortzuschreiben.

Alles andere, Herr Olbertz, wäre undemokratisch und eine weitere Wahllüge von Schwarz-Gelb!

[www.pds-wernigerode.de](http://www.pds-wernigerode.de)

## Abbau des Sozialstaates

von Wolfram Altekruiger, Wittenberg

Jeder hört täglich die Hetzreden gegen die Arbeitslosen. Sie sind schuld, dass es dem Staat so schlecht geht und es ist ja genug Arbeit da. Aber mit der Umsetzung der Hartzvorschläge werden die Menschen schlicht verumt. Es wird an einer Lohnschraube gedreht die einen größeren Abwärtstrend verursachen wird und noch mehr Tarifarbeitsplätze vernichtet und schlecht bezahlte Leiharbeitsplätze schafft. Bei sämtlichen Reformen seit Hartz heißt das Ziel dem Kapital mehr Gewinne zu verschaffen und dies durch die Bürger zu finanzieren. Jeder, der arbeitslos wird, muss sich sofort arbeitslos melden. Das neue Heilmittel heißt Personal Service Agenturen (PSA). Die ersten sechs Wochen fürs Arbeitslosengeld und danach für den PSA Tarif arbeiten mindestens 20% unter Tarif. Es entstehen keine neuen Arbeitsplätze. Bestehende Arbeitsplätze und Tarifarbeitsplätze werden systematisch ausgehöhlt und abgebaut. Die bundesweite Vermittlung ohne Berufsschutz ist zwar grundgesetzwidrig, aber wenn man es ablehnt, bekommt man kein Geld. Die Umkehr der Beweispflicht, ob dies ein zumutbarer Arbeitsplatz ist, erhöht den Druck auf die Arbeitslosen und führt zur Zwangsarbeit. So lässt sich der Abbau des Sozialstaates beliebig weiter fortsetzen. Die Einnahmen der Sozialkassen werden immer geringer. Damit wird das zur Verfügung stehende Einkommen weiter eingeschränkt. Die Kaufkraft sinkt und es werden weitere Entlassungen folgen. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ist ein weiterer Schritt die Einkommen zu senken. Wir müssen mit allen Möglichkeiten dagegen protestieren.

## PDS-Fraktion spendete für Internationalen Mattensprunglauf

von László Müller, SFV Rothenburg

Dank einer Spende von 500 Euro, die sich als größter Posten auf dem Spendenkonto des Ski- und Freizeitvereins Rothenburg auszeichnete, war der rührige Verein in der Lage, am 7. Juni diesen Jahres den 1. Internationalen Mattensprunglauf im Rothenburger Skiareal durchzuführen. An diesem Wettkampf, der mit dem 40-jährigen bestehen des Vereins zusammenfiel nahmen Skispringer und deren Betreuer aus der

Slowakischen Republik, Tschechien, Slowenien, Ungarn und Polen teil. Das gespendete Geld wurde für die Unterbringung und Verpflegung der angereisten ausländischen Mannschaften verwendet. Ohne diese materielle Zuwendung wäre es dem Rothenburger Wintersportverein kaum möglich gewesen, diese Veranstaltung in solch großem Umfang durchzuführen. Ein derartiger Wettkampf hat in Sachsen-

Anhalt und im gesamten Osten Deutschlands für Nachwuchstalente des In- und Auslandes seit der Wende noch nicht gegeben. Die Bedeutung dieses Sprunglaufes wird daraus ersichtlich, dass die FIS einen technischen Delegierten entsandte.

Wer sich über die Aktivitäten des SFV Rothenburg informieren möchte, kann dies unter [www.sfv-rothenburg.de](http://www.sfv-rothenburg.de) tun.

## So ein Theater mit dem Theater

von Katrin Kunert (Stendal), Mitglied des Parteivorstandes der PDS

Immer wenn sich die Laufzeit des Theatervertrages, der zwischen den Finanzierungspartnern Land, Kreis und Stadt für vier Jahre abgeschlossen wird,



dem Ende neigt, geht das Theater los. Zahlen werden hin und her geschoben, es wird gehandelt wie auf einem Basar, um das desolote Haushaltswerk „auszugleichen“. Den Verwaltungen sitzen nicht nur die kommunalen Mandatsträger, sondern auch die Genehmigungsbehörde im Nacken. Politik will das Theater, will aber auch den Sport, die Museen, die Schullandheime und Bibliotheken fördern.

**„Überall sind Kommunen mit ihren Theatern finanziell total überfordert.“**

Die Finanzierung unseres Theaters der Altmark war bisher sichergestellt, für vier Jahre hatte das Theater Planungssicherheit und die nötige Ruhe, um sich kreativ zu bewegen. Geld kam vom Land, vom Landkreis, der Stadt Stendal.

Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen Kultusministerium und Theaterträger war und ist Grundlage für die fließenden Gelder. Der Vertrag ist so gestaltet, dass die Finanzierungsanteile aufeinander abgestimmt sind. Reduziert ein Partner seinen Anteil, so können die anderen selbiges tun. Der Oberbürgermeister der Stadt Stendal hat nun entgegen einem gültigen Ratsbeschluss seine finanziellen Vorstellungen geäußert, die das Gesamtkonzept völlig infrage stellen.

Das Problem ist kein stendalspezifisches. Überall dort, wo Theater stehen, sind die Kommunen finanziell total überfordert und die Situation wird vor dem Hintergrund der Minderzuweisungen vom Land immer katastrophaler. Die Nachbarkreise beteiligen sich – wenn überhaupt – mit bescheidenen Summen am Betrieb der Häuser.

In unserem regionalen Aktionsprogramm steht das Theater der Altmark als ein Projekt der Region. Vor kurzem war in der Presse zu lesen, dass in Salzwedel ein Fördermittelbescheid über zwei Millionen Euro überreicht worden ist für den Ausbau einer Spielstätte unseres Theaters. Dies setzt aber voraus, dass wir in Stendal ein Ensembletheater behalten und kein Beispieltheater. Ich hoffe, dass die Landesregierung diesen Bescheid über so viele Fördergelder mit Nebenbestimmungen oder Auflagen versehen hat, dass der Bau keine „Fehlinvestition“ wird, wenn das Ensemble nicht mehr da ist.

Eines steht fest: Wir müssen vor Ort unsere Hausaufgaben erledigen, d.h. den Haushalt im Auge behalten und gemeinsam mit anderen politischen Partnern eine große Akzeptanz für das Theater schaffen, auch mit den Salzwedlern. Dies aber macht nur Sinn, wenn uns die passenden Rahmenbedingungen durch das Land geschaffen werden. Konkret heißt das: ausreichende allgemeine Zuweisungen vom Land für die Kommunen und mindestens Beibehalten der jetzigen Fördersumme für das Theater, wie sie im gültigen Vertrag steht. Und als PDS sollten wir aus den Puschen kommen und längst eingeforderte Konzepte, wie z.B. das Landeskulturkonzept oder die Einführung einer Landestheaterumlage, politisch dingfest machen.

## Theatersterben stoppen!

Einerseits ist die PDS eine Verfechterin der kommunalen Selbstverwaltung, weil diese das demokratische Prinzip, Entscheidungen dort zu treffen, wo höchste Kompetenz und direkte Verbundenheit in der Sache zusammenfallen, fast ideal verwirklicht. Andererseits erwartet die PDS von der Regierung, dass sie regiert, was mit anderem Wort heißt: lenkt. Lenkend eingreift, weil veränderte Bedingungen ein einfaches Weitermachen nicht mehr erlauben.

**„Es brennt in der Theater- und Orchesterlandschaft Sachsen-Anhalts.“**

Es brennt in der Theater- und Orchesterlandschaft Sachsen-Anhalts. Handeln ist angesagt. CDU und FDP aber beschränken die Aufforderung an die Landesregierung, nicht tatenlos zuzusehen, wie die Theater und Orchester kaputtgehen, auf eine Berichterstattung im Ausschuss für Kultur und Medien zur Situation. Erinnern wir uns kurz: Letzte Legislatur. Der Landkreis Wittenberg hat das Geld gekürzt. Das Theater war akut gefährdet. Auch das Raushalten und Wegsehen der Landesregierung hat letztendlich zur Schließung des Theaters Wittenberg geführt. „Wittenberger Weg“ heißt das Verfahren und bedroht heute Zeit, Stendal, Eisleben, Halberstadt. In Halle tobt der Kampf um die Theaterinsel und ihre Finanzierung, in Magdeburg geht die Theater-Strukturdiskussion mit dem Streit um den Generalintendanten der Landeshauptstadt in eine neue Runde. Die Landesregierung kann sich da nicht raushalten. Mit den gekürzten Finanzzuweisungen an die Kommunen und den geringeren Haushaltsmitteln des Landes steht allen das Wasser bis an den Hals. An einem neuen Gemeindefinanzierungsgesetz wird gearbeitet, das die Lastenverteilung auch für Kultureinrichtungen besser regeln muss. Bis das aber greift dürfen keine irreversiblen Entscheidungen getroffen werden, die Sachsen-Anhalts Kulturlandschaft zerstören. Geld ist nötig, aber es ist auch nicht alles. Das ist und bleibt unsere Forderung an die Landesregierung.

## Katja Müller – Schluss mit der Sonnenschirm-Romantik

Katja Müller, 23, staatlich geprüfte Hebamme, kann herzlich lachen. Das eröffnet ihr schnell Zugang zu anderen. Dabei strahlen ihre Augen, dass ihr kaum jemand etwas abschlagen kann. Mansfeldisch direkt zieht sie schon mal gegen die Sonnenschirm-Romantik der PDS zu Felde, um zugleich mit ihren Genossinnen und Genossen andere Wege auszuprobieren, um an Leute heranzukommen und für die PDS zu werben.

Was sie anfasst, das macht sie gründlich. Schnell in ihren Entscheidungen, war sie schon einen Monat, nachdem sie im Jahr 2000 zu den „ROTfüchsen“ stieß, Mitglied des Sprecherrates und Pressesprecherin des Vereins. Von dort war es kein weiter Weg zur PDS, in der sie sich mit ihrer zupackenden Art so engagierte, dass sie heute, gemeinsam mit Harti Rische in einer Doppelspitze, Vorsitzende des Stadtverbandes Hettstedt ist. Ihre berufliche Karriere hat etwas typisch Ostdeutsches. Nach der Ausbildung am Universitätsklinikum Halle bekam sie eine auf ein Jahr befristete Stelle als Hebamme beim DRK Oschersleben. Dann war sie arbeitslos. Die Aussicht auf eine Anstellung ist mager. Geburtenrate! Katja erinnerte sich, dass sie bei einem Interview mit

Roland Claus an der Seite eines Berufsjournalisten ebenbürtig agierte, bewarb sich und ist heute journalistisch tätig. Glück im Unglück.



Wer die schlanke, hochgewachsene junge Frau sieht, weiß, dass er einer aktiven Sportlerin gegenübersteht. Nach dem Schwimmen galt ihre Leidenschaft dem Karate, und sie gab ihre Kenntnisse als Übungsleiterin weiter an Kinder und Jugendliche. Zu Kindern hat sie eben eine besondere Beziehung.

Und noch eines muss man erwähnen: Katja ist beleidigt, wenn man sie nicht fragt, wenn eine Arbeit zu erledigen ist. Da kann sie dann auch recht impulsiv sein.

## Dr. Achim Bittrich – Probleme erkennen, neue Antworten suchen

Wer den stellvertretenden Landesvorsitzenden der PDS Sachsen-Anhalt Achim Bittrich einmal auf einem Parteitag erlebt hat, ist überzeugt, dass er einem professionellen Politiker gegenübersteht. Klar in der Argumentation, leidenschaftlich, gar zornig in der Auseinandersetzung, hartnäckig und doch stets offen für das, was andere sagen. Er kann integrieren und ist da, wenn man ihn braucht, nicht selten etwas genervt, weil er zu viel macht, aber er ist da.

Doch ist Politik für den 51-jährigen habilitierten Physiker und Unternehmer „nur“ Freizeitbeschäftigung. Seinen Lebensunterhalt verdient er in bzw. mit seiner „EDV-Beratung Dr. Bittrich“. Man kann bei ihm Computer kaufen und alles, was dazu gehört, er betreut die PC-Technik von Firmen, und nachts sitzt er oft an seinem Rechner und schreibt

eigene, für den Auftraggeber maßgeschneiderte Computerprogramme.

Wer Achims Arbeitspensum kennt, fragt sich, wann er die Zeit findet, um sich mit keltischer Rockmusik so intensiv zu be-



schäftigen, dass er detailliert Auskunft geben kann über viele Songs, ihre musikalischen Wurzeln, die Künstler und

## Der neue Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt

**Landesvorsitzende:**  
Dr. Rosemarie Hein

**stellvertretende Landesvorsitzende:**

Gudrun Tiedge  
Dr. Achim Bittrich  
Matthias Höhn

**Landesgeschäftsführer:**

Michael Entrich

**Landeschatzmeisterin:**

Corinna Pilatzki

**Mitglieder des Landesvorstandes:**

Birke Bull  
Dr. Angelika Klein  
Marion Krischok  
Monika Krüger  
Katja Müller  
Henriette Quade  
Sven Barquet  
Jürgen Brunsch  
Uwe Loos  
André Lüderitz  
Bernd Krause  
Prof. Günter Trepte

Konzerte, die Rockgeschichte geschrieben haben.

Neuland erschließen ist für die Bittrichs sprichwörtlich. Achims Frau, ebenfalls habilitiert, forscht und lehrt an der Martin-Luther-Universität. Tochter Katrin arbeitete nach dem Abitur ein Jahr in Australien, Sohn Klaus geht noch zur Schule, gibt aber schon mal Auskunft, wenn man Probleme mit einem Rechnerprogramm hat und der Vater nicht erreichbar ist.

Heranreifende Probleme erkennen und neue Antworten suchen ist typisch für den EDV-Spezialisten wie für den Politiker Bittrich. Das Finanz- und das Strukturentwicklungskonzept des Landesverbandes tragen maßgeblich seine Handschrift. Es sind Überlebens- und Zukunftskonzepte. Davon hat er die Delegierten des Landesparteitages überzeugt.



## „Wir in den Kommunen – wir in Europa“

Beschluss des Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt am 21. und 22. Juni 2003



(...)

### **I. Ein solidarisches und friedliches Europa schaffen**

Die Europäische Union steht gegenwärtig vor einer der größten Herausforderungen ihrer Geschichte. Die Erweiterung der Europäischen Union durch den Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten im Jahr 2004 ist eine historische Zäsur, die den europäischen Kontinent grundlegend verändern wird. Das positive Meistern dieser Herausforderung ist eine entscheidende Voraussetzung für Bewahrung und Weiterentwicklung des solidarischen Sozialstaatsprinzips in der Europäischen Union im globalen Wettbewerb und damit auch für die Erhaltung des inneren und äußeren Friedens.

Die PDS als sozialistische europäische Partei unterstützt die europäische Einigung und engagiert sich mit ihren politischen Konzepten für eine friedliche, soziale und demokratische Entwicklung der Europäischen Union.

(...)

Die PDS setzt sich für eine grundlegende Reform aller Instrumentarien der Europäischen Union ein. Wir erwarten von dem laufenden verfassungsgebenden Prozess und der künftigen Verfassungswirklichkeit in der Europäischen Union eine Stärkung der Rechte des europäischen Parlaments und eine Demokratie, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, Europa selbst aktiv mitzugestalten.

Die PDS tritt für eine Verteilung der Kompetenzen zwischen der Europäischen Union, den Mitgliedsstaaten und

den Regionen ein. Unter Beachtung der innerstaatlichen Regelungen brauchen die Regionen den größtmöglichen Freiraum für eine eigenständige Gestaltung ihrer wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen Politik.

Die Grundrechtecharta als Bestandteil der künftigen Verfassung der Europäischen Union muss umgesetzt werden und individuell einklagbar sein. Der gegenwärtige Kurs der Europäischen Union, die konsequente neoliberale Ausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik und die Ausgestaltung des Binnenmarktes nach den Prinzipien eines Manchesterkapitalismus werden die Krise nur vertiefen. Das europäische Sozialmodell mit starker Sozial- und Wohlfahrtstaatlichkeit und mit solidarisch umverteilenden sozialen Sicherungssystemen muss erhalten und gestärkt werden.

Die Vision von einem Europa der Regionen, in dem die Bürgerinnen und Bürger zu Hause sind, in dem sie arbeiten und leben, ist nur umzusetzen, wenn wir uns konsequent gegen Diskriminierungen jeglicher Art und für die Wahrung der Grund- und Menschenrechte einsetzen. (...)

In der Europäischen Union herrschen große Unterschiede in der Verteilung des Reichtums und der Beschäftigung nicht nur zwischen den Mitgliedsstaaten sondern zwischen den Regionen. Die PDS tritt deshalb für eine Regionalpolitik auch in der Europäischen Union der 25 ein, die auf die Schaffung ausgeglichener Lebensbedingungen gerichtet ist. Regionale Wirtschaftskreisläufe und die

volle Nutzung des Wissens und Könnens der Menschen müssen durch eine sinnvolle Struktur- und Kohäsionsfondpolitik gefördert werden. (...) EU-Förderpolitik muss künftig der Entwicklung der Region in ihrer Gesamtheit dienen und zukunftsfähige Dauerarbeitsplätze für Frauen und Männer schaffen sowie auf die Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung gerichtet sein.

(...)

Die PDS setzt sich dafür ein, dass Entscheidungen dort gefällt werden, wo die jeweiligen Probleme am sinnvollsten und effektivsten gelöst werden können. Die Aufgabenverteilung zwischen der Union, den Mitgliedstaaten, den Regionen und den Kommunen ist so zu gestalten, dass Bürgernähe, Transparenz und Vereinfachung von Entscheidungsstrukturen erreicht werden. Das setzt voraus, dass die Kommunen auch in der Bundesrepublik in die Entscheidungsprozesse über die Aufgaben, die sie letztlich lösen müssen, von Anfang an konsequent einbezogen werden müssen. Angesichts der zunehmenden Globalisierung und den damit verbundenen Prozessen der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung gilt es in den Kommunen, die Bereiche der Daseinsvorsorge zu verteidigen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen trotz der Finanznot der Kommunen selbst entscheiden, auf welche Bereiche des kommunalen Lebens sie verzichten wollen, welche sie in private Hand legen und welche sie unter kommunale Aufsicht stellen wollen. Die Finanznot der Kommunen darf nicht der Einstieg in die durchgängige Privatisierung sein.

Die Finanzkraft der Kommunen hängt u.a. von ihren Einnahmen ab. Starke ostdeutsche Unternehmen, die Gewerbesteuern zahlen, sind deshalb das Faustpfand für die Kommunen. Deshalb sollten Kommunen und sachsen-anhaltische Unternehmen gemeinsam die Chancen der EU-Osterweiterung nutzen. Sachsen-Anhalt darf nicht zur bloßen Transitregion zwischen Westeuropa und den neuen EU-Mitgliedsstaaten werden. Netzwerke kleiner und mittlerer Unternehmen sollten verstärkt in die vorhandenen bzw. wieder zu belebenden Partnerschaften der Kommunen mit Kommunen in den Ländern Mittel- und Osteuropas einbezogen werden.

## II. Die Kommunen in der Krise – eine andere Kommunalpolitik ist nötig

(...) Die Politikverdrossenheit hat die Kommunen erreicht und kann immer weniger allein durch den Bekanntheitsgrad bzw. das persönliche Ansehen der MandatsträgerInnen kompensiert werden. Vor allem die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen engt die politischen Handlungsspielräume mehr ein. Politische Unterschiede zwischen den Parteien bei der Gestaltung des öffentlichen Lebens vor Ort können kaum noch sichtbar gemacht werden. Alarmierend ist, dass mehr als 75 Prozent der Landkreise, Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt keine ausgeglichenen Haushalte mehr erreichen. So muss zunehmend nur noch der Mangel verwaltet, müssen Leistungen gekürzt, Zuweisungen gestrichen, Gebühren und Beiträge erhöht und Stellen reduziert werden. Viele junge Menschen wandern ab, weil sie hier keine Berufs- und Lebenschancen erhalten.

Deshalb muss im Mittelpunkt all unserer Bemühungen die Aufgabe stehen, die kommunale Selbstverwaltung wiederzugewinnen und zu verteidigen, die gegenwärtig durch Bund und Land politisch und finanziell stranguliert und zunehmend auch von Entscheidungen der Europäischen Union beeinträchtigt wird. Nur starke kommunale Vertretungen und engagierte Bürgerinnen und Bürger können dieser Entwicklung Einhalt gebieten, gegensteuern, Veränderungen von unten einfordern und erzwingen. Das ist dringend nötig, denn seit den letzten Kommunalwahlen 1999 haben sich die Rahmenbedingungen für Kommunalpolitik bundesweit und auch in Sachsen-Anhalt drastisch verschlechtert. Das zeigt sich an solchen ausgewählten Beispielen:

- Die Steuereinnahmen der Kommunen sind durch die verheerende Steuerpolitik des Bundes und durch das Wirken konjunktureller und bevölkerungspolitischer Entwicklungen ständig gesunken – die PDS fordert deshalb eine grundlegende Gemeindefinanzreform auf Bundesebene, die dem Konnexitätsprinzip Rechnung trägt und die kommunale Handlungsfähigkeit vor allem durch die Erhöhung des Steueranteils der Kommunen auf Dauer gewährleistet. Bis diese Reform den Kommunen wieder kommunale Handlungsfähigkeit und Selbstverwal-



tung gewährleistet, fordert die PDS ein befristetes Investitionshilfeprogramm, das der Bund für Städte und Gemeinden in Höhe von 7,5 Mrd. Euro direkt, pauschal, unbürokratisch und kofinanzierungsfrei zuweist.

- Die Zuweisungen aus dem Finanzausgleichsgesetz des Landes an die Kommunen sind im Zeitraum 1999 bis 2003 etwa um 400 Mio. Euro reduziert worden, davon allein von 2002 bis 2003 unter der CDU/FDP-Regierung um 200 Mio. Euro. Dies geschah, obwohl den Kommunen ständig neue Aufgaben übertragen werden und sie steigende Ausgaben z.B. im Sozialhilfereich zu bewältigen haben. Die PDS fordert, dass die Landesregierung die Verpflichtung zur aufgabenbezogenen Finanzausstattung der Kommunen entsprechend der Landesverfassung auch wahrnimmt.
- Die Einführung der sozialen Grundversicherung ab 1. Januar 2003 führt bei den Landkreisen zu erheblichen personellen und finanziellen Mehrbelastungen. Im Landshaushalt ist eine Erstattung von 10,5 Mio. Euro vorgesehen, tatsächlich werden aber 56 Mio. Euro oder mehr an Ausgaben erwartet – die PDS fordert, dass den Landkreisen die tatsächlich entstehenden Ausgaben für die soziale Grundversicherung (Pflichtaufgabe) durch den Bund und das Land erstattet werden.
- Im Personalbereich haben die Landkreise, Städte und Gemeinden in den vergangenen Jahren erhebliche Einsparungen trotz angestiegener Verwaltungsaufgaben und ständig höherer Anforderungen an Dienstleistungen getätigt. Dagegen ist der notwendige Stellenabbau auf Landesebene nicht im gleichen Maße erfolgt, es sind sogar auch in diesem Jahr erhebliche

Steigerungen bei den Personalkosten festzustellen. Die PDS fordert, durch ein Personal- und Verwaltungskonzept auf Landesebene auch dort mittelfristig Einsparungen durchzusetzen.

- Ausbildungsplätze werden besonders benötigt, um Jugendlichen in Sachsen-Anhalt eine Zukunft zu geben. Zu Beginn des Ausbildungsjahres waren 4.830 Jugendliche in Sachsen-Anhalt noch ohne ein Ausbildungsangebot – es fehlen auch gegenüber dem Vorjahr etwa 2000 betriebliche Ausbildungsplätze. Das ist mit Abstand der niedrigste Stand an betrieblichen Ausbildungsplätzen seit 1992! – Die PDS fordert, mit einem Jugendaktionsprogramm als komplexem Förderprogramm über 4 Jahre in Höhe von 40 Mio. Euro realisierbare Perspektiven für junge Leute hier zu schaffen!



Die PDS in Sachsen-Anhalt hat sich bisher mit mehr als 1000 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, mit 48 gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und einem Landrat täglich der Verantwortung gestellt und versucht, mit neuen Ideen und Lösungsansätzen – trotz widriger Rahmenbedingungen – aus den sogenannten Sachzwängen auszubrechen und für die Betroffenen gerechtere soziale Bedingungen zu schaffen. (...)

Dazu brauchen wir jede Stimme von den Wählerinnen und Wählern – sowohl von denen, die uns bisher gewählt haben, als auch von denen, die wir noch nicht oder nicht mehr erreicht haben. Aber auch von allen, die mit uns die Auffassung teilen: Resignieren hilft nicht! Veränderungen von unten gemeinsam erkämpfen und gestalten! Die Unzufriedenheit muss produktiv gemacht werden – so wird eine andere Kommunalpolitik möglich!

## Ultras – Wer ist das?

Ihr Name ist „blue generation“ beim 1. FC Magdeburg oder DIABLOS beim FC Sachsen Leipzig, und sie bezeichnen sich selbst als Ultras. Auch in anderen ostdeutschen Stadien nimmt die Zahl derjenigen zu, die sich so verstehen.



Ursprünglich ist es eine Fußballfanbewegung, die in den 60er und 70er Jahren in Italien ihren Ausgangspunkt gefunden hat. Auf kreative Weise trugen jugendliche Fußballfans durch Transparente und Sprechchöre sozialen Protest in die italienischen Stadien. Insofern verstand man sich damals als eine linksorientierte Bewegung. In den 80er und 90er Jahren schwappte diese Welle nach Deutschland, hier allerdings dann doch nicht in der Form politisiert. Vielmehr geht es darum, sein Team auf kreative Art und Weise zu unterstützen. Dazu gehören Transparente, Bengalos und natürlich Choreographien. Solche Aktivitäten werden oftmals vom eigenen Verein und insbesondere von der Polizei mit sehr kritischen Blicken verfolgt. Nach Jahren der Flaute scheint es jetzt wieder ein Aufleben dieser Bewegung zu geben.

Es sind zu meist Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren, die in solchen Gruppierungen zu finden sind. Eines,

was die verschiedenen Ultra-Gruppen eint, ist der Widerstand gegen die Kommerzialisierung im Fußball. Die Umgestaltung der Stadien zu Fußballtempeln, in denen nur noch Sitzplätze angeboten werden, die vollständig videoüberwacht sind und in denen die Werbung eine größere Rolle spielt als das eigentliche Geschehen, ist für die Ultra-Gruppierungen in Deutschland aber auch in vielen anderen europäischen Ländern eine grauenvolle Vorstellung. So wurde auch die „pro15.30“-Bewegung wesentlich von den Ultra-Gruppen mitgetragen. Diese sprach sich beispielsweise dafür aus, dass Spiele der Bundesliga zu fanfreundlichen Zeiten angepfiffen werden und nicht der

### „Sozialen Protest in die Stadien tragen.“

Kommerz sondern der Fan im Mittelpunkt zu stehen hat. Und so kommt Christian von der Magdeburger Gruppe „blue generation“ auch zu dem Schluss: „Diese Bewegung setzt sich immer mehr als antikommerzielle Jugend- und Stadionkultur durch.“ Mittlerweile zählt diese Gruppe in Magdeburg mehr als 50 jugendliche Mitglieder. Und Stefan von den DIABLOS aus Leipzig: „Wir sitzen nicht im Plenum und diskutieren, sondern wir zeigen, das was wir denken und fühlen, durch unser Wirken im Fanblock.“

[www.blue-generation-magdeburg.de](http://www.blue-generation-magdeburg.de)  
[www.diablos-leutzsch.net](http://www.diablos-leutzsch.net)  
[www.1530.de](http://www.1530.de)

## Tatort Stadion

Vom 25. August bis 19. September 2003 gastiert die Wanderausstellung „Tatort Stadion. Rassismus und Diskriminierung im Fußball“ im Bauhof in Halle. In der Ausstellung werden alltägliche rassistische, sexistische, antisemitische, homophobe u.a. Diskriminierungen in bundesdeutschen Stadien sowie Gegeninitiativen dargestellt. Die Ausstellung wurde im Jahre 2001 vom Bündnis aktiver Fußballfans (BAFF) konzipiert und zusammengestellt und im November 2001 in Berlin durch den Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse eröffnet. Unterstützt und gefördert wird die Ausstellung weiterhin durch das europäische Netzwerk „Football against Racism in Europe“ (FARE), die „Europäische Union gegen Diskriminierung“ sowie durch die EU-Kommission „Jugend für Europa“. Bisher war die Ausstellung bereits in mehreren deutschen Städten, darunter Berlin, Hamburg, Dresden, Frankfurt und München, zu Gast. In Halle wird die Ausstellung hauptsächlich von den Vereinen „culture move e.V.“ und „Miteinander e.V.“ In dem genannten Zeitraum wird die Ausstellung von einem umfangreichen Veranstaltungs-

### „Ausstellung über Rassismus und Diskriminierung in bundesdeutschen Stadien“

programm begleitet. In der Gesamtkonzeption werden die Themen Rassismus und Diskriminierung in bundesdeutschen Stadien sowie auch die spezifische Situation in der Region selbst vertieft. Fußball und speziell das Fußballstadion ist in der Bundesrepublik ein wichtiger soziokultureller Raum, in dem sich in entscheidender Weise die Sozialisation vor allem Jugendlicher vollzieht. Jeglichen Formen gesellschaftlicher Diskriminierung muss deshalb im Fußball entgegengetreten werden. Mit der Ausstellung soll das Problem beleuchtet sowie Gegeninitiativen unterstützen werden.

[www.tatort-stadion.de](http://www.tatort-stadion.de)

#### Impressum

klartext – Magazin der PDS Sachsen-Anhalt

**Herausgeber:** Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt

**Chefredakteur:** Matthias Höhn (MdL) · **Redaktion:** Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Corinna Grundmann, Monika Krüger, Anke Lohmann, Sven Barquet, Matthias Gärtner (MdL), Dr. Martin Reso, Achim Spaeth

**Satz/Layout:** Andrea Johlige · **Druck:** UngerDruck, Barleben · **Auflage:** 5.800 Exemplare · **Preis:** Spende

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe:** 17. Juli 2003 · klartext erscheint jeden zweiten Monat.

Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der PDS Sachsen-Anhalt.

Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrer Kürzungen ausdrücklich vor.

Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

**Anschrift:** PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion klartext, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

**Fon:** 03 91/7 32 48 40, **Fax:** 03 91/7 32 48 48, **E-Mail:** landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de

# Volksbegehren

## gegen die Kürzungen bei der Kinderbetreuung startet!

**Das derzeit geltende Kinderförderungsgesetz (KiFöG) hat negative Folgen:**

- die Rechte von Kindern arbeitsloser Eltern werden eingeschränkt
- Halbtagskinder werden von Bildungsangeboten und gemeinsamem Spielen ausgegrenzt
- starke Benachteiligung von Kindern mit Behinderungen
- Elternbeiträge sind überall angestiegen, teilweise um bis zu 100 Prozent
- Eltern, die arbeitslos sind, werden zusätzlich bestraft
- viele Kindertageseinrichtungen sind von Schließung bedroht
- sozial unverträgliche Arbeitszeitreduzierungen in Einrichtungen auf teilweise bis zu 20 Stunden
- drohende Entlassungen von ca. 3.000 ErzieherInnen

**Deshalb sinkt die Qualität von Betreuung und Förderung und die Umsetzung des Bildungsauftrages ist gefährdet.**

**Das Volksbegehren ist wichtig, weil:**

- demokratische Mitbestimmung von unten beginnen muss,
- Kinder in Sachsen-Anhalt eine starke Lobby brauchen,
- dem Sozialabbau der Landesregierung ein STOPP-Schild zu setzen ist,
- die Qualität der Kinderbetreuung langfristig gesichert werden muss,
- ein Ganztagsplatz allen Kindern zusteht,
- ein uneingeschränktes Wunsch- und Wahlrecht für Eltern gelten soll.

**Für das Sammeln der Unterschriften ist laut Volksabstimmungsgesetz folgendes zu beachten:**

Die Eintragung muss persönlich und handschriftlich geleistet werden. Die Eintragungen haben auf entsprechend den örtlichen Zuständigkeitsbereichen der Meldebehörden getrennt geführten Unterschriftsbögen zu erfolgen. Auf dem Unterschriftsbogen können sich nur Beteiligungsberechtigte eintragen, die in dem örtlichen Zuständigkeitsbereich der angegebenen Meldebehörde ihre Hauptwohnung haben. Die Eintragung muss den Namen, Vornamen, das Geburtsdatum und die Anschrift der Hauptwohnung der Unterzeichner und das Datum der Unterschriftsleistung in deutlich lesbarer Form sowie die Unterschrift enthalten. (siehe § 15 VAbstG)

# AB 1. SEPTEMBER

## Veranstaltungen des Elbe-Saale- Bildungsvereins

Magdeburg, 28. August 2003  
16.30 Uhr

**Zum Antikriegstag „Ist „Schwerter zu Pflugscharen“ heute noch aktuell?“**

Gemeinsame Veranstaltung mit dem DGB – Region Magdeburg/Altmark  
**Referent:** Lorenz Knorr, Frankfurt/Main  
**Ort:** Haus der Gewerkschaften, Otto-von-Guericke-Str. 6, 39104 Magdeburg

Magdeburg, 10. September 2003  
ab 9.30 Uhr bis 17.30 Uhr

Fachtagung  
**„Fokus Jugend – Unser Land braucht Zuwachs..“**

Gemeinsame Veranstaltung des Kinder- und Jugendrings Sachsen-Anhalt e.V. weiterer Stiftungen und Vereine  
Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des ems- Halle zum Thema: Jugendhilfe und Schule am Beispiel der Methode des Service Learning  
**Ort:** Universität Magdeburg, Gebäude 22

Bernburg, 19. Septmeber 2003  
ab 17.00 Uhr und  
20. September 2003  
ab 9.00 Uhr

Tagung  
**„Vergessene Opfer des Nationalsozialismus“**

Gemeinsame Veranstaltung mit der Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ Die Veranstaltung soll sich mit dem Vergessen bestimmter Opfergruppen in beiden deutschen Staaten befassen.

**Ort:** Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“, Olga-Benario-Straße 16/18, 06406 Bernburg

Magdeburg 1. Oktober 2003  
ab 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr

Herbstakademie der FH Magdeburg-Stendal **„Schnittstellen zur Verwirklichung von Gesundheitszielen- Erfahrungen und Probleme bei der Gender- Sensibilisierung“** – Workshop

angefragt sind Frau Prof. Stepaneck, Kerstin Küchler, Thomas Claus, Dr. Carol Quinn, Michaela Neersen Diana Kuhrig und Dr. Viola Schubert-Lehnhardt

TERMINE